

Geschäftsbericht 2007

**Bericht des Bundesrats
über Schwerpunkte
der Verwaltungsführung**

Geschäftsbericht 2007

**Bericht des Bundesrats
über Schwerpunkte
der Verwaltungsführung**

Herausgeberin:

ISSN:

Vertrieb durch:

Schweizerische Bundeskanzlei

1423-1786

BBL, Bundesamt für Bauten und Logistik
Verkauf Bundespublikationen, 3003 Bern

www.bundespublikationen.admin.ch

Publiziert auch im Internet:

<http://www.admin.ch/br/dokumentation/publikationen/index.html?lang=de>

Art. Nr.101.131.D

03.08 1700 190698/1

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Bundeskanzlei	3
Departement für auswärtige Angelegenheiten	7
Departement des Innern	14
Justiz- und Polizeidepartement.....	23
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport	30
Finanzdepartement	43
Volkswirtschaftsdepartement	50
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation.....	61

Einleitung

Nach Artikel 51 RVOG planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrats: Dabei teilen die Departemente zu Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrats koordiniert sind.

Die Jahresziele der einzelnen Departemente werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert: Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen.

Bundeskanzlei

Jahresziele 2007 im Überblick

<p align="center">Jahresziele 2007 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2007</p>	<p align="center">Kurze Bilanz</p>
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Die hohe Qualität der Aufgabenerfüllung sichern</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das CD-Bund ist in der Bundesverwaltung integral eingeführt und die Qualitätssicherung und die Organisation für die Zukunft sind sichergestellt ➤ Der Internet- und Intranetauftritt der BK nach der Einführung des CMS ist überprüft (Qualität der Sprachen) ➤ Alle Organisationseinheiten haben eine Qualitätssicherung ihrer Arbeit und Dienstleistungen durchgeführt 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Das CD Bund wurde in der Bundesverwaltung integral eingeführt und die Organisation für die Zukunft ist sichergestellt. In Bezug auf die Qualitätssicherung ist die Überprüfung der Ausserparlamentarischen Kommissionen noch ausstehend. Deren CD-Anpassung fand erst per 1. Januar 2008 statt, da vorgängig das Resultat der Bundesverwaltungsreform abgewartet werden musste.</p> <p>Die Qualitätskontrolle bezüglich Sprachen ist erfolgt (laufender Prozess). Zudem wurde im Oktober 2007 bei allen BK-Mitarbeitenden und CMS-Redaktorinnen und Redaktoren eine Online-Umfrage durchgeführt. Die Resultate wurden Anfang November kommuniziert.</p> <p>Ein Projekt-Controlling (Kriterien: Zeit, Finanzen, Inhalt) wurde umgesetzt und ein IT-Portfolio wurde 2007 in der ganzen Bundeskanzlei etabliert.</p>

<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Die Voraussetzungen für die Einführung von GEVER schaffen</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ein konsolidierter Registraturplan ist erstellt und für die Umsetzung genehmigt ➤ Die Lese- und Schreibberechtigungen sind festgelegt und geregelt ➤ Die Kriterien für die Archivierung von elektronischen Daten sind erstellt ➤ Die technischen Abklärungen hinsichtlich eines neuen GEVER-Systems auf Basis von Share Point liegen vor ➤ Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen, dass vermehrt elektronisch gearbeitet wird (E-Government / E-Parlament) 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Registraturplan liegt im Entwurf vor. Die Genehmigung der Umsetzung steht noch aus, weil der für die Erarbeitung des Plans verantwortliche Mitarbeiter erst Mitte April 2007 eingestellt werden konnte.</p> <p>Die Lese- und Schreibberechtigungen werden im Rahmen der Erstellung des Registraturplans (siehe oben) festgelegt und geregelt.</p> <p>Die Kriterien werden im Rahmen der Erarbeitung des Registraturplanes (siehe oben) erstellt.</p> <p>Eine Arbeitsgruppe hat die technischen Abklärungen vorgenommen und das Service Center Informatik hat einen Bericht abgegeben, welcher die zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Möglichkeiten mit Share Point und Fabasoft aufzeigt.</p> <p>Die Voraussetzungen für den elektronischen Versand von Dokumenten (passwortgeschützte ZIP-Dateien) an die GPK, FK und FinDel wurden 2007 geschaffen, so dass die operationelle Umsetzung ab 1. Januar 2008 erfolgen kann. Zudem sind im Rahmen des Projekts « Behandlung der parlamentarischen Vorstösse auf elektronischem Weg » Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des Projekts E-Parlament erfolgt.</p>
<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Die Nationalratswahlen fristgerecht und korrekt durchführen</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Parteienregister ist fristgerecht aufdatiert ➤ Die Wahlbroschüre ist erstellt und veröffentlicht 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert.</p> <p>Die Wahlbroschüre wurde im Frühling 2007 veröffentlicht.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die BK hat an der Information zu den Wahlen aktiv teilgenommen ➤ Der Wahlbericht des Bundesrates ist fristgerecht erstellt und dem Nationalrat zur Genehmigung unterbreitet ➤ Die BK hat fristgerecht und überzeugend zu allen Beschwerden an das Bundesgericht Stellung genommen ➤ Der neu gewählte Nationalrat kann am 3. Dezember 2007 die neue Legislatur friktionsfrei eröffnen 	<p>Erstmals wurde allen in der Bundesversammlung vertretenen Parteien die Möglichkeit zu einer kurzen Selbstdarstellung geboten (in der Wahlbroschüre). Weiter hat die Bundeskanzlei u.a. Beiträge zu einer Ausstellung im Käfigturm und an die Museumsnacht geleistet und die Initiative „young commitment“ unterstützt.</p> <p>Der Bundesrat hat den Bericht am 7. November 2007 verabschiedet.</p> <p>Es waren keine Stellungnahmen erforderlich, da das Bundesgericht aufgrund der Beschwerdeinhalte darauf verzichtet hat, die Bundeskanzlei zur Stellungnahme einzuladen.</p> <p>Realisiert.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Die Legislaturplanung 2007–2011 kompetent vorbereiten</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die neuen gesetzlichen Vorgaben sind konzeptionell umgesetzt ➤ Die Legislaturplanung ist auf andere Planungen optimal abgestimmt ➤ Der Bundesrat hat Ende 2007 den ersten Entwurf des Berichts diskutiert und das weitere Vorgehen beschlossen 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert.</p> <p>Die Legislaturplanung wurde auf die Aufgabenüberprüfung, die Strategie „Nachhaltige Entwicklung“ und die Wachstumspolitik abgestimmt.</p> <p>Der Bundesrat hat den Entwurf der Botschaft zur Legislaturplanung 2007-2011 am 14. November 2007 materiell bereinigt und das weitere Vorgehen festgelegt.</p>

<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Die Projekte der Verwaltungsreform sind erarbeitet und abgeschlossen</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat hat die Botschaft über die Anpassung des Bundesrechts im Rahmen der Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen verabschiedet* ➤ Der Bundesrat hat die Botschaft über die Anpassung von Erlassen im Zusammenhang mit der formellen Bereinigung des Bundesrechts verabschiedet* ➤ Beim Projekt "Bibliotheken" ist geklärt, welche Teile der EPZB ans Parlament gehen, und die Standortfrage für die EPZB sowie die Zusammenarbeit mit der EMB bzw. der Projektleitung sind geregelt ➤ Alle Aufträge an die BK aus dem Projekt "Vereinfachung der Verfahren" sind erfüllt 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 12. September 2007 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 22. August 2007 verabschiedet.</p> <p>Was die Räumlichkeiten und Stellen betrifft, wurde im Dezember 2007 entschieden, welche Teile der EPZB ans Parlament gehen (Umsetzung per 1. Januar 2009). Bezüglich der Bücherbestände steht der Entscheid noch aus, da bis Ende Jahr nicht mehr genug Zeit zur Verfügung stand, um diese Frage zu klären. Weiter wurde entschieden, dass die EPZB weiterhin im Bundeshaus West domiziliert sein soll. Und schliesslich wurde festgelegt, dass die Verwaltung von Alexandria (Online-Katalog des Bibliotheksverbunds der Bundesverwaltung) per 1. Januar 2009 an die Bibliothek am Guisanplatz (vormals EMB) übergehen soll.</p> <p>Im Verlaufe des Berichtsjahres konnten sämtliche Aufträge an die BK erledigt werden. Insbesondere hat die Bundeskanzlei im September 2007 den „Leitfaden der Bundesverwaltung für die Abfassung von Berichten, die dem Bundesrat vorgelegt werden“ verwaltungsintern publiziert.</p>
---	--

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Jahresziele 2007 im Überblick

Jahresziele 2007 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2007	
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Stärkung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Botschaft über den Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die bilateralen Rahmenabkommen mit den neuen Mitgliedstaaten der EU betreffend Umsetzung des schweizerischen Beitrags zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU sind unterzeichnet und ratifiziert*	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Realisiert. Die Botschaft wurde vom Bundesrat bereits am 15. Dezember 2006 verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Die bilateralen Rahmenabkommen mit den zehn neuen Mitgliedstaaten Estland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Lettland, Slowakische Republik, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern wurden am 20. Dezember 2007 unterzeichnet. Gemäss Art. 13 des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (SR 974.1) kann der Bundesrat völkerrechtliche Verträge im einphasigen Verfahren abschliessen: Die bilateralen Rahmenabkommen sind folglich nach der Unterzeichnung ohne Ratifikation von Schweizer Seite verbindlich geworden.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die für die Umsetzung der Abkommen über die Assoziierung an Schengen und Dublin erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen (inkl. betreffend die Evaluation) sind erfolgt, und der Bundesrat hat über die Weiterentwicklungen zum Besitzstand betreffend Schengen und Dublin befunden. Die entsprechenden Botschaften sind gegebenenfalls verabschiedet* ➤ Die exploratorischen Gespräche in den Bereichen des freien Handels von Landwirtschaftsprodukten, der Teilnahme am Galileo-System, der AOC und der öffentlichen Gesundheit sind geführt; gegebenenfalls sind Verhandlungen mit der EU aufgenommen* ➤ Die Verhandlungen mit der EU im Bereich der Elektrizität sind aufgenommen; gegebenenfalls ist ein Abkommen abgeschlossen* ➤ Die Verhandlungen bezüglich der Erneuerung der Abkommen MEDIA und Forschung wie auch diejenigen in Bezug auf ein Bildungsabkommen sind abgeschlossen ➤ Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den Programmen der EU in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und Jugend in den Jahren 2008–2013 ist verabschiedet* 	<p>Überwiegend realisiert. Die Vorbereitungen zur Umsetzung von Schengen/Dublin in der Schweiz und zur Übernahme der Schengen-Entwicklungen wurden weitgehend abgeschlossen. Sie konnten vor allem wegen des Rückstands der EU bei der Ratifizierung der Verträge nicht ganz abgeschlossen werden.</p> <p>Überwiegend realisiert. Die Sondierungsgespräche mit der EU in den Bereichen Landwirtschaftsprodukte, Teilnahme am Galileo-System und öffentliche Gesundheit wurden weitergeführt. Im Bereich der AOC wurden am 4. Oktober 2007 Verhandlungen aufgenommen.</p> <p>Überwiegend realisiert. Die Verhandlungen wurden am 8. November 2007 aufgenommen.</p> <p>Teilweise realisiert. Das Forschungsabkommen und das MEDIA-Abkommen wurden am 25. Juni bzw. 11. Oktober 2007 erneuert. Das Parlament hat beschlossen, das MEDIA-Abkommen weiterhin provisorisch anzuwenden, und den Bundesrat beauftragt, innerhalb von zwei Jahren nach Lösungen zu suchen, die den medienpolitischen Interessen der Schweiz besser Rechnung tragen. Der Bundesrat hat am 21. Februar 2007 ein Verhandlungsmandat für ein Bildungsabkommen verabschiedet. Da die EU jedoch noch kein Mandat beschlossen hat, konnten die Verhandlungen über das Bildungsabkommen nicht aufgenommen werden.</p> <p>Nicht realisiert. Am 28. Februar 2007 hat der Bundesrat das Mandat für die Verhandlungen mit der Europäischen Union zur Teilnahme an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der Europäischen Union in den Jahren 2008–2013 verabschiedet. Da die EU noch kein Verhandlungsmandat beschlossen hat, konnten 2007 keine Verhandlungen aufgenommen werden. Deshalb wurde keine Botschaft verabschiedet.</p>
--	--

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Verhandlungsmandat zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien ist verabschiedet und die Verhandlungen mit der Europäischen Union sind aufgenommen* ➤ Der Föderalismusbericht, Erhaltung des Föderalismus bei verschiedenen europapolitischen Optionen (in Erfüllung des Po. Pfisterer Thomas 01.3160) ist verabschiedet* 	<p>Realisiert. Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat am 23. Mai 2007 verabschiedet, und die Verhandlungen mit der EU wurden am 10. Juli 2007 aufgenommen.</p> <p>Realisiert. Der Föderalismusbericht wurde am 15. Juni 2007 vom Bundesrat verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Stärkung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Transitionsländern</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Rahmenkredit zur Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zu Gunsten von Entwicklungsländern in den Jahren 2008–2011 ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft über die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS (Rahmenkredit IV) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der Bericht über Kinder als Zielgruppe der schweizerischen Entwicklungspolitik (in Erfüllung des Po. Gadiant 05.3747) ist verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Nicht realisiert. Die Botschaft konnte nicht wie geplant 2007 verabschiedet werden, weil diese parallel zu den laufenden Arbeiten zur zukünftigen Orientierung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit ausgearbeitet wird.</p> <p>Realisiert. Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 15. Dezember 2006 verabschiedet.</p> <p>Nicht realisiert. Das Postulat Gadiant erforderte die Erarbeitung einer Jugend-Politik der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA). Diese Jugend-Politik wurde am 14. September 2007 im Rahmen der Jahreskonferenz der Entwicklungszusammenarbeit zum Thema „Jugend und Entwicklung“ veröffentlicht. Der Bericht über Kinder als Zielgruppe der schweizerischen Entwicklungspolitik soll darauf abgestützt werden.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht über die Verbesserung der Effizienz und Effektivität in der Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz (in Erfüllung des Po. APK-S 05.3711) ist verabschiedet* ➤ Der Bericht Globale öffentliche Güter (in Erfüllung des Po. Gadiant 02.3625) ist verabschiedet* ➤ Der Bericht über Transparenz im internationalen Rating zur Entwicklungshilfe (in Erfüllung der Mo. FDP-Fraktion 05.3017) ist verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert. Der Bericht konnte nicht wie geplant 2007 verabschiedet werden, weil er mit anderen Geschäften zusammenhängt, die vom Bundesrat noch nicht verabschiedet worden sind, namentlich mit den beiden Botschaften von EDA und EVD zur Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zu Gunsten von Entwicklungsländern, respektive zur Weiterführung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.</p> <p>Nicht realisiert. Der Bericht konnte auch 2007 nicht verabschiedet werden. Das Konzept der Globalen öffentlichen Güter stösst bei der praktischen Umsetzung auf Probleme. Weder der Bericht der Internationalen Task Force „Global Public Goods“ vom November 2006 noch die Debatten im Executive Board der Weltbank im September 2007 haben diesbezüglich wesentliche Fortschritte erbracht.</p> <p>Realisiert. Der Bericht wurde vom Bundesrat am 9. März 2007 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Engagement im UNO-Reformprozess</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Mit ihrer diplomatischen Tätigkeit in der UNO hat die Schweiz beigetragen zur: <ul style="list-style-type: none"> - institutionellen Konsolidierung des Menschenrechtsrats in Genf 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Überwiegend realisiert.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Menschenrechtsrat hat seine institutionelle Konsolidierung im Juni 2007 abgeschlossen. Die Schweiz hat mit ihrem starken Engagement zu diesem Resultat beigetragen.

<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrats - Stärkung der Kohärenz und Effizienz der operationellen Tätigkeit der UNO im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe - verstärkten Kontrolle der Tätigkeit der UNO und des UNO-Systems ➤ Bei internationalen Organisationen sind Vorstösse zur Förderung der Rekrutierung von Schweizer Staatsangehörigen unternommen worden 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Schweiz hat wiederholt auf die Umsetzung der vom Sicherheitsrat bereits beschlossenen Massnahmen gedrängt. Sie hat diesbezüglich auch konkrete weitere Vorschläge gemacht. (z.Bsp. im Bereich Listing/De-listing bei Sanktionslisten des Sicherheitsrats). Gestützt auf ihr Engagement und ihr Profil in dieser Frage wurde die Schweiz am 13. Dezember 2007 zu einer Sitzung des Sicherheitsrats über seine Arbeitsmethoden eingeladen, an welcher sie die Position der "Small Five" (Costa Rica, Lichtenstein, Jordanien, Schweiz, Singapur) vertreten hat. - Die Schweiz hat als Fazilitator an den Verhandlungen zur Resolution "Dreijährliche Prüfung der Gesamtheit der operationellen Aktivitäten" der Vereinten Nationen mitgewirkt, welche eine bessere Kohärenz der Aktivitäten der UNO-Agenturen im Feld zum Ziel hat. - Die Schweiz hat sich 2007 wie folgt für die Stärkung der internen Kontrolle eingesetzt: (a) Durchführung einer Arbeitstagung für die Mitglieder des beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Budgetfragen der Generalversammlung (3. und 4. Oktober 2007), (b) Co-Leitung einer Arbeitsgruppe der grössten Beitragszahler in Genf, (c) im Rahmen der Verhandlungen über das UNO-Budget 2008/09. Teilweise realisiert. Der Bestand an Schweizer Personal in den Sekretariaten und anderen Vollzugsorganen der UNO und den anderen internationalen Organisationen konnte mittels der Durchführung von Informationskampagnen im Inland (International Career Day in Lausanne) und der gezielten Unterstützung von einzelnen Bewerbungen, insbesondere von Nachwuchspersonal (Junior Professional Officer), auf dem Stand der Vorjahre gehalten werden.
--	---

<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Friedens- und menschenrechtspolitisches Engagement der Schweiz</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der zweite und dritte Bericht über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes von 1989 sind vom Bundesrat verabschiedet ➤ Der zweite Bericht über die Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten von 1995 ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Die Botschaft zur Weiterführung der Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft über die Weiterführung der drei Genfer Zentren für Sicherheitspolitik und verwandter Aktivitäten ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Nicht realisiert. Aus Ressourcengründen war es nicht möglich, den Bericht wie geplant fertig zu stellen.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat den Bericht am 31. Januar 2007 verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat die Botschaft zur Weiterführung der Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte am 15. Juni 2007 verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat die Botschaft über einen Rahmenkredit zur Weiterführung der Unterstützung für die drei Genfer Zentren und verwandter sicherheitspolitischer Aktivitäten am 28. Februar 2007 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Konsolidierung der Rolle der Schweiz als Gaststaat</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft betreffend Gewährung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (FIPOI) zum Bau eines neuen Gebäudes für die Internationale Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Lebensräume (IUCN) in Gland ist vom Bundesrat verabschiedet 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Die Botschaft ist am 7. Dezember 2007 vom Bundesrat verabschiedet worden.</p>

<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Förderung der Präsenz und des Erscheinungsbildes der Schweiz im Ausland</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Weltausstellung 2010 in Shanghai ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 8. Juni 2007 die Kreditbotschaft über die Teilnahme der Schweiz an der Weltausstellung 2010 in Shanghai verabschiedet.</p>
--	---

Departement des Innern

Jahresziele 2007 im Überblick

<p>Jahresziele 2007 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2007</p>	<p>Kurze Bilanz</p>
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Hochschulförderung</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zum neuen Hochschulrahmengesetz ist durchgeführt* ➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes im Immobilienbereich ist durchgeführt und die Botschaft ist verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die Vernehmlassung ist am 12. September 2007 eröffnet worden.</p> <p>Eine Diskussion über die Governance des ETH-Bereichs war vorrangig. Aus diesem Grund wurde die Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes im Immobilienbereich verschoben.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der neue Vertrag zwischen der Schweiz und der EU zum Forschungsabkommen ist abgeschlossen ➤ Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den Programmen der EU in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und Jugend in den Jahren 2008–2013 ist verabschiedet* 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Der neue Vertrag wurde am 25. Juni 2007 unterzeichnet. Er ermöglicht der Schweizer Forschung rückwirkend ab 1. Januar 2007 die integrale Beteiligung an den 7. Forschungsrahmenprogrammen der EU während der Jahre 2007–2013.</p> <p>Mit der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011 wurden die Mittel für die Fortführung der indirekten Teilnahme an den genannten Programmen bewilligt. Die Botschaft zur offiziellen Teilnahme liegt noch nicht vor, weil die Verhandlungen mit der EU nicht aufgenommen werden konnten.</p>

<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Finanzierungsperiode 2008–2011 im Bereich Bildung, Forschung und Innovation ist verabschiedet* ➤ Die neuen Nationalen Forschungsprogramme (NFP) sind lanciert 	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 24. Januar 2007 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat am 28. November 2007 die Lancierung von sechs neuen Nationalen Forschungsprogrammen (NFP) beschlossen</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Strukturreform in der beruflichen Vorsorge</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft betreffend die Optimierung der Aufsicht in der beruflichen Vorsorge ist verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 15. Juni 2007 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Sanierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat hat von den Vorschlägen einer Expertenkommission zur Neuregelung der Finanzierung öffentlich-rechtlicher Pensionskassen Kenntnis genommen und – in Abstimmung mit den Arbeiten zur Pa. Iv. Beck 03.432 BVG. Aufhebung von Artikel 69 Absatz 2 – über das weitere Vorgehen entschieden 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 27. Juni 2007 vom Expertenbericht Kenntnis genommen und zur Vorlage zur Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen ein Vernehmlassungsverfahren eröffnet.</p>

<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Inkraftsetzung der 5. IV-Revision</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die 5. IV-Revision ist in Kraft gesetzt. Die zur Umsetzung der Revision erforderlichen Massnahmen sind getroffen, die nötigen Verordnungsänderungen sind verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Die 5. IV-Revision tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Die notwendigen Verordnungsänderungen wurden vorgenommen und treten ebenfalls per 1. Januar 2008 in Kraft. Die im Hinblick auf den Vollzug nötigen Weisungen sind erarbeitet und wurden den IV-Stellen mitgeteilt.</p>
<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Berichte zur Alters-, Kinder- und Jugendpolitik</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <p>➤ Der Strategiebericht zu einer schweizerischen Alterspolitik (in Erfüllung des Po. Leutenegger Oberholzer 03.3541) ist verabschiedet*</p> <p>➤ Der Bericht zu einem Rahmengesetz für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik (in Erfüllung des Po. Janiak 00.3469) ist verabschiedet*</p>	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bericht wurde vom Bundesrat am 29. August 2007 verabschiedet.</p> <p>Der Bericht konnte aus personellen Gründen nicht rechtzeitig abgeschlossen werden. Zudem galt es, die Jugenddebatte im Parlament in der letzten Woche der Wintersession abzuwarten; deren Ergebnisse sind in den Bericht einzuarbeiten.</p>

<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Weiterentwicklung von Regelungen im Bereich der Humanmedizin</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Vernehmlassungsbericht zur Verfassungsbestimmung und zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen liegt vor. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden* ➤ Die Botschaft zum Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen ist verabschiedet* ➤ Der Bundesrat hat das Bundesgesetz im Bereich der Transplantationsmedizin in Kraft gesetzt 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 21. Februar 2007 die Vernehmlassungsergebnisse zum Verfassungsartikel und zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.</p> <p>Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 12. September 2007 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat am 16. März 2007 das Transplantationsgesetz vom 8. Oktober 2004 zusammen mit den entsprechenden Ausführungsverordnungen auf den 1. Juli 2007 in Kraft gesetzt.</p>
<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Sichere Versorgung der Spitäler mit Arzneimitteln</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Heilmittelgesetzes ist verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 28. Februar 2007 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Revision des Lebensmittelgesetzes</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Lebensmittelgesetzes (vollständige Anpassung an das EG-Recht sowie Ausgliederung des Bereichs Tabak in ein neues Gesetz) ist eröffnet 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die exploratorischen Gespräche mit den EU-Gremien benötigten mehr Zeit als geplant. Die Vernehmlassung konnte deshalb nicht eröffnet werden.</p>

<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Beschluss über drei nationale Präventionsprogramme</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die nationalen Präventionsprogramme in den drei Bereichen Alkohol, Tabak sowie Ernährung und Bewegung sind durch den Bundesrat verabschiedet 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Das Nationale Programm zur Tabakprävention 2001-2007 wurde vom Bundesrat am 18. April 2007 verlängert. Zu den nationalen Programmen Alkohol sowie Ernährung und Bewegung hat der Bundesrat keine Beschlüsse gefasst. Angesichts der kontroversen Meinungen wurde eine breitere Anhörung der interessierten Kreise eingeleitet.</p>
<p><u>Ziel 12</u></p> <p>Verabschiedung von Grundlagenberichten</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht zur gesetzlichen Neuregelung der Prävention und Gesundheitsförderung (in Erfüllung der Po. Humbel Näf 05.3161 und SGK-S 05.3230) ist verabschiedet* ➤ Der Bericht über den Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der RFID-Technologie (in Erfüllung des Po. Allemann 05.3053) ist verabschiedet* ➤ Der Bericht zum Risikopotential von drahtlosen Netzwerken (in Erfüllung des Po. Allemann 04.3594) ist verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bericht in Erfüllung beider Postulate wurde vom Bundesrat am 28. September 2007 verabschiedet.</p> <p>Aufgrund fehlender Ressourcen konnte der Bericht nicht wie geplant in Angriff genommen werden.</p> <p>Der Bericht über das Risikopotential von drahtlosen Netzwerken wurde vom Bundesrat am 16. März 2007 verabschiedet.</p>

<p><u>Ziel 13</u></p> <p>Klärungen im Bereich der Gesundheitsberufe</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Psychologieberufe (Psychologieberufegesetz) ist ausgewertet. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden* ➤ Das Medizinalberufegesetz und die nachgeordneten Rechtsgrundlagen (Verordnung über die Eidg. Diplome und die Weiterbildung, Verordnung über die Chiropraktorenschulen) sind in Kraft gesetzt 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 18. April 2007 die Vernehmlassungsergebnisse zum Bundesgesetz über die Psychologieberufe zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.</p> <p>Der Bundesrat hat am 27. Juni 2007 das Gesetz und die entsprechende Ausführungsverordnung auf den 1. September 2007 in Kraft gesetzt. Die genannten Rechtsgrundlagen sind ebenfalls auf diesen Zeitpunkt in Kraft gesetzt worden.</p>
<p><u>Ziel 14</u></p> <p>Nachfolgestrategie Migration und Gesundheit</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die unter Einbezug des EJPD erarbeitete Nachfolgestrategie im Bereich Migration und Gesundheit für den Zeitraum 2008–2013 ist verabschiedet* ➤ Der gestützt auf den Beschluss des Bundesrates erarbeitete Massnahmenplan liegt vor 	<p>Realisiert</p> <p>Die Nachfolgestrategie Migration und Gesundheit (2008 bis 2013) wurde vom Bundesrat am 27. Juni 2007 zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Massnahmenplan zur Umsetzung der Strategie Migration und Gesundheit liegt vor.</p>

<p><u>Ziel 15</u></p> <p>Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EG im Bereich des Gesundheits- und Verbraucherschutzes</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verhandlungen mit der EG-Kommission über die Zusammenarbeit im Gesundheits- und Konsumentenschutz sind abgeschlossen* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die exploratorischen Gespräche mit der EG-Kommission erwiesen sich teilweise als umfangreich und dauerten deswegen länger als geplant. Die Verhandlungen konnten deshalb nicht abgeschlossen werden.</p>
<p><u>Ziel 16</u></p> <p>Revision des Unfallversicherungsgesetzes</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Revision des Unfallversicherungsgesetzes ist verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die Vernehmlassung zur Revision des UVG hat bis zum 15. März 2007 gedauert. Infolge der umfangreichen und zum Teil kontroversen Stellungnahmen erforderte die Auswertung mehr Zeit als ursprünglich geplant. Der Bundesrat konnte deshalb erst am 12. September 2007 vom Ergebnis der Vernehmlassung Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen befinden.</p>
<p><u>Ziel 17</u></p> <p>E-Health-Strategie</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Strategie mit Massnahmen zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen ist verabschiedet 	<p>Realisiert</p> <p>Die „Strategie eHealth Schweiz“ mit den Kernelementen schrittweiser Aufbau eines elektronischen Patientendossiers und Ausbau der Online-Dienste wurde vom Bundesrat am 27. Juni 2007 verabschiedet.</p>

<p><u>Ziel 18</u></p> <p>Leistungskatalog Krankenversicherung und Qualitätssicherung</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Listen für Arzneimittel, Analysen sowie Mittel und Gegenstände sind revidiert ➤ Die periodische Überprüfung der Leistungen auf ihre Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit ist weitergeführt ➤ Die Umsetzung der Mo. SGK-N 04.3624 ist in Gang; transparente und vergleichbare Qualitätsindikatoren in Spitälern sind erhoben 	<p>Teilweise realisiert</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Revision der Analysenliste hat sich angesichts ihrer Komplexität verzögert. - Die Revision der Mittel- und Gegenständeliste ist angesichts mangelnder Ressourcen zurückgestellt worden. - Die Preise der auf der Spezialitätenliste aufgeführten, zwischen 1993 und 2002 aufgenommenen Arzneimittel wurden einer ausserordentlichen Überprüfung unterzogen. - Diverse Einzelleistungen in Anhang 1 der KLV wurden überprüft. Mangels Ressourcen konnte keine umfassendere Prüfung vorgenommen werden. - Die Grundlagen für die Antragsstellung wurden im Hinblick auf eine effizientere Beurteilung der Leistungen aktualisiert. <p>Die definierten Schwerpunktprojekte im Bereich Qualitätssicherung werden weiter bearbeitet. Die Vorbereitungsarbeiten zur Publikation von Qualitätsindikatoren verlaufen planmässig.</p>
<p><u>Ziel 19</u></p> <p>Förderung und Vermittlung der kulturellen Vielfalt</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaften zum Kulturförderungsgesetz und zur Revision des Pro Helvetia-Gesetzes sind verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Finanzierung der Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 2008–2011 ist verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaften wurden vom Bundesrat am 8. Juni 2007 verabschiedet.</p> <p>Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 28. Februar 2007 verabschiedet.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassungsergebnisse zur Ratifikation der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sind zur Kenntnis genommen und die Botschaft ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zum Zahlungsrahmen für die Filmförderung 2008–2011 ist verabschiedet* 	<p>Der Bundesrat hat am 21. September 2007 vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen und die Botschaft über die Genehmigung des Übereinkommens gutgeheissen.</p> <p>Der Bundesrat hat das EDI am 15. Juni 2007 ermächtigt, mit der Botschaft zum Voranschlag 2008 einen Zahlungsrahmen für den Zeitraum 2008–2011 zu beantragen.</p>
<p><u>Ziel 20</u></p> <p>Erhaltung und Vermittlung des kulturellen Erbes</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die neue Botschaft zum Bundesgesetz über das Schweizerische Landesmuseum ist verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassungsergebnisse zur Ratifikation der UNESCO-Konvention zum Schutz des immateriellen Kulturgutes sind zur Kenntnis genommen und die Botschaft ist verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes wurde vom Bundesrat am 21. September 2007 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat am 21. September 2007 vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen und die Botschaft über die Genehmigung des Übereinkommens gutgeheissen</p>
<p><u>Ziel 21</u></p> <p>Umsetzung der Massnahmen des Bundesrates im Anschluss an die Evaluation der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Empfehlungen für die Erstellung von Lohngutachten in Gerichtsverfahren sind veröffentlicht ➤ Die Vergabebedingungen sind so angepasst, dass die Finanzhilfen gemäss Gleichstellungsgesetz direkt an Unternehmen fliessen können 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die Empfehlungen für die Erstellung von Lohngutachten in Gerichtsverfahren liegen vor. Aufgrund einer Verzögerung der Übersetzung konnten sie noch nicht veröffentlicht werden.</p> <p>Die Ämterkonsultation für die Verordnung über ein Pilotprojekt zur Finanzierung von Gleichstellungsmassnahmen in Unternehmen ist abgeschlossen.</p>

Justiz- und Polizeidepartement

Jahresziele 2007 im Überblick

<p>Jahresziele 2007 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2007</p>	<p>Kurze Bilanz</p>
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz und Optimierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das neue GmbH-Recht, insbesondere die Anpassung der Handelsregisterverordnung, ist in Kraft gesetzt ➤ Das neue Revisionsaufsichtsrecht ist in Kraft gesetzt. Die Revisionsaufsichtsbehörde ist operationell ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Aktienrechts ist abgeschlossen und die Botschaft verabschiedet* ➤ Das Vernehmlassungsverfahren über das revidierte Lugano-Übereinkommen ist durchgeführt und die Botschaft verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zur Schaffung einer Berufsregelung für Patentanwälte und eines Bundespatentgerichts ist ausgewertet. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden* 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 17. Oktober 2007 das Inkrafttreten auf den 1. Januar 2008 festgelegt.</p> <p>Der Bundesrat hat am 22. August 2007 das Inkrafttreten des RAG und die Aufnahme der Tätigkeit der RAB auf den 1. September 2007 festgelegt.</p> <p>Der Bundesrat hat am 14. Februar 2007 von den Vernehmlassungsergebnissen Kenntnis genommen und am 21. Dezember 2007 die Botschaft verabschiedet.</p> <p>Das Übereinkommen konnte aufgrund von Verhandlungsdifferenzen mit der EU erst am 30. Oktober 2007 unterzeichnet werden. Demzufolge konnte das Vernehmlassungsverfahren nicht 2007 durchgeführt und die Botschaft nicht verabschiedet werden.</p> <p>Der Bundesrat hat am 7. Dezember 2007 von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis genommen und die Botschaften zu einem Patentgerichtsgesetz sowie zu einem Patentanwaltsgesetz verabschiedet.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zu Gesetzesänderungen für die Verbesserung des Schutzes der „Marke Schweiz“ ist eröffnet* ➤ Die Arbeiten zur Umsetzung der Erneuerung des gesetzlichen Messwesens sind erfolgt: die Marktaufsicht über die nach den neuen Verfahren in Verkehr gebrachten Messmittel ist organisiert, das Koordinationsorgan der Bundesbehörden, in deren Aufsichtsbereich Messmittel eingesetzt werden, hat seine Arbeit aufgenommen ➤ Die Beteiligung der Schweiz im künftigen europäischen Metrologieforschungsprogramm (EMRP) ist in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF abgeklärt, ebenso die Anwendung von Art. 169 der EU-Charta ➤ Die Botschaft zur Teilrevision des ZGB (Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht) ist verabschiedet* 	<p>Der Bundesrat hat am 28. November 2007 die Vernehmlassung zum Gesetzgebungsprojekt „Swissness“ eröffnet.</p> <p>Die Marktüberwachung für Messmittel ist umgesetzt, Sofortmassnahmen sind getroffen, ein Überwachungskonzept ist erarbeitet worden. Das Koordinationsorgan der Bundesbehörden, in deren Aufsichtsbereich Messmittel eingesetzt werden, hat zu klärende Fälle von Messmitteln analysiert und ein mehrjähriges Arbeitsprogramm zur Harmonisierung der Regelungen per Ende Jahr wurde erstellt.</p> <p>Das europäische Metrologieforschungsprogramm (EMRP) ist mit Beteiligung der Schweiz definiert und die dazu notwendigen Strukturen sind geschaffen worden. Sobald die Rahmenbedingungen der Art. 169-Initiative zur Unterstützung des EMRP seitens der EU feststehen, kann die Schweizer-Beteiligung definitiv geklärt werden.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 27. Juni 2007 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Massnahmen im Bereich Migration</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zu den Ausführungsverordnungen zum revidierten Asyl- und Ausländergesetz ist durchgeführt und dem Bundesrat zur Kenntnis gebracht ➤ Die gestaffelte Einführung der Gesetze ist erfolgt 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die Vernehmlassung zu den Verordnungen wurde vom 28. März bis 30. Juni 2007 durchgeführt und dem Bundesrat am 24. Oktober zur Kenntnis gebracht.</p> <p>Das neue Ausländergesetz (AuG) und die Revision des Asylgesetzes (AsylG) treten am 1.1.2008 in Kraft. Einzelne Bestimmungen sind bereits per 1.1.2007 in Kraft gesetzt worden.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Asylverordnungen 1–3 und die Verordnung zum Ausländergesetz können per 1. 1. 08 in Kraft treten ➤ Das Verhandlungsmandat zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) auf Bulgarien und Rumänien ist verabschiedet und die Verhandlungen mit der Europäischen Union sind aufgenommen* ➤ Das Zentrale Migrationssystem (ZEMIS) ist eingeführt ➤ Die Umsetzungsarbeiten im Rahmen der Assoziierung an Schengen / Dublin sind im Gange (Visumpolitik, Visumspraxis, Eurodac, Visainformationssystem, Vernehmlassungen zu notwendigen Gesetzes- und Verordnungsänderungen). Allfällige Botschaften über die Umsetzung von Schengen / Dublin sind verabschiedet* ➤ Die Zusammenlegung der Eidg. Ausländerkommission (EKA) und der Eidg. Kommission für Flüchtlingsfragen (EKF) ist erfolgt ➤ Die Stellungnahme des Bundesrates zur Pa. Iv. Lustenberger zum Bürgerrechtsgesetz ist ausgearbeitet 	<p>Die Ausführungsverordnungen zum neuen Ausländergesetz und zur Asylgesetzrevision treten am 1.1.2008 in Kraft.</p> <p>Das Verhandlungsmandat zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens wurde am 23. Mai 2007 vom Bundesrat verabschiedet. Es haben bereits mehrere Verhandlungsrunden stattgefunden.</p> <p>ZEMIS konnte aufgrund des Widerstandes der Vereinigungen kantonaler Migrationsbehörden sowie der Testergebnisse nicht wie geplant per Ende Oktober 2007 eingeführt werden. Der Einführungs-termin wurde neu auf den 3.3.2008 festgelegt.</p> <p>Die Ausbildungsprogramme und die Vorbereitungen für die 2008 geplante Evaluation sind abgeschlossen, in enger Zusammenarbeit mit den direkt betroffenen Partnern. Im Visabereich wurden die ersten Käufe getätigt (Kinegramme) bzw. die ersten Bestellungen aufgegeben (Scanner, Drucker, Vignetten). In der Informatik schreiten die Applikationsentwicklungen planmässig voran. Der Bundesrat hat am 24. Oktober 2007 die Botschaft über den Schengener Grenzkodex und die Ergänzungen im Ausländer- und Asylrecht verabschiedet.</p> <p>Die Eidgenössische Ausländerkommission (EKA) und die Eidgenössische Kommission für Flüchtlingsfragen (EKF) werden per 1. Januar 2008 zur Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) zusammengelegt.</p> <p>Die SPK-N hat dem Nationalrat die Vorlage mit dem Ergebnis der Vernehmlassung erst Ende 2007 unterbreitet und gleichzeitig den Bundesrat zur Stellungnahme eingeladen. Somit konnte die Stellungnahme noch nicht ausgearbeitet werden.</p>
--	--

<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Weiterentwicklung der integrationspolitischen Massnahmen im Ausländerbereich</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Pilotprojekte im Rahmen des Projekts „berufliche Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen“ sind abgeschlossen und die Evaluationen liegen teilweise vor ➤ Der integrationspolitische Handlungsbedarf ist erhoben. Der Bericht über die Einführung von integrationspolitischen Massnahmen ist vom Bundesrat verabschiedet und das Vorgehen zu deren Umsetzung festgelegt. Erste Massnahmen sind umgesetzt* 	<p>Realisiert</p> <p>Die drei Pilotprojekte, welche das EJPD (BFM) in Zusammenarbeit mit Wirtschafts- und Branchenverbänden in den Bereichen Logistik und Gastronomie für anerkannte Flüchtlinge durchführte, konnten abgeschlossen werden. Die Evaluationen liegen teilweise vor.</p> <p>Auf der Grundlage der im „Integrationsbericht“ von 2006 festgestellten Probleme verabschiedete der Bundesrat am 22. August 2007 ein Paket von über 45 konkreten Massnahmen vor allem in den Bereichen Sprachförderung, Bildung und Arbeit. Erste Massnahmen werden bereits umgesetzt.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit im Migrationsbereich</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Verschiedene Verhandlungen zu weiteren Rückübernahmeabkommen sind aufgenommen bzw. bereits abgeschlossen ➤ Mögliche Schwerpunktländer für Migrationspartnerschaften nach Art. 100 AuG sind bestimmt und erste Umsetzungsmassnahmen sind definiert 	<p>Realisiert</p> <p>Die formellen Verhandlungen mit Tadschikistan, Russland, der Tschechei und Finnland sind abgeschlossen. Die Vertragstexte mit der Demokratischen Republik Kongo und Kamerun sind in Vorbereitung. Formelle Verhandlungen mit Sri Lanka, Benin und Dänemark sind im Gange. Mit Kolumbien, Libyen, Guinea und Indien werden konkrete Gespräche geführt.</p> <p>Die Grundelemente der Migrationspartnerschaft Westbalkan wurden in einer «Feuille de Conduite» festgehalten. Verschiedene Einsätze haben bereits vor Ort stattgefunden und unsere zuständigen Botschaften bahnen erste Verhandlungen im Rückübernahme- und im Visabereich an. Ein Konzept zur genauen Bestimmung der Elemente und der Beteiligten an einer Migrationspartnerschaft ist beim BFM und dem EDA (PA IV) in Vorbereitung.</p>

<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Stärkung der Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Schaffung einer Verfassungsgrundlage für Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Hooliganismus) ist durchgeführt und die Botschaft verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zum Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die Strafbehörden des Bundes (Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung) ist eröffnet* ➤ Die Botschaft zur Ratifikation der Konvention der Vereinten Nationen gegen die Korruption ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit betreffend der besonderen Mittel der Informationsbeschaffung (sog. BWIS II) ist verabschiedet* ➤ Die wichtigsten durch die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI) notwendig werdenden Verordnungsänderungen sind vom Bundesrat verabschiedet 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 29. August 2007 die Botschaft für die Schaffung einer Verfassungsbestimmung über die Bekämpfung von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 21. September 2007 eröffnet.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 21. September 2007 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat am 15. Juni 2007 die Botschaft und den Entwurf für die Änderung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS; SR 120) zuhanden des Parlaments verabschiedet (BBl 2007 5037 bzw. 5139).</p> <p>Bei den parlamentarischen Beratungen haben sich Verzögerungen ergeben, so dass das BPI erst in der Wintersession 2007 im Nationalrat behandelt werden konnte. Aufgründessen konnte der Bundesrat die Verordnungen noch gar nicht verabschieden.</p>
--	--

<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Optimierung der internationalen Polizei- und Justizzusammenarbeit</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Erweiterung des Polizeikooperationsabkommens mit Frankreich ist unterzeichnet* ➤ Die Botschaft zum Polizeikooperationsabkommen mit Bosnien und Herzegowina ist verabschiedet* ➤ Die Mandatserweiterung in der Zusammenarbeit mit dem europäischen Polizeiamt Europol ist vom Bundesrat beschlossen ➤ Die Botschaft zum Staatsvertrag betreffend Rechtshilfe in Strafsachen mit Brasilien ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zum Staatsvertrag betreffend Rechtshilfe in Strafsachen mit Chile ist verabschiedet* ➤ Die Verhandlungen mit der europäischen Union zwecks Erarbeitung eines Zusammenarbeitsvertrages mit Eurojust sind aufgenommen 	<p>Realisiert</p> <p>Die Erweiterung des Polizeikooperationsabkommens mit Frankreich konnte am 9. Oktober 2007 in Paris unterzeichnet werden. Die Botschaft wurde am 7. Dezember 2007 durch den Bundesrat gutgeheissen.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft zum Polizeikooperationsabkommen mit Bosnien und Herzegowina am 14. Februar 2007 gutgeheissen.</p> <p>Der Bundesrat hat am 14. November 2007 der Erweiterung des Mandates in der Zusammenarbeit mit dem europäischen Polizeiamt Europol zugestimmt.</p> <p>Am 28. Februar 2007 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft.</p> <p>Am 28. November 2007 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft.</p> <p>Vom 12. - 13. April 2007 fand die erste Verhandlungsrunde statt.</p>
--	---

<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Grundlagen zur definitiven Einführung international anerkannter biometrischer Schweizer Reisedokumente</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisgesetz, AwG) betreffend Aufnahme biometrischer Daten in Reisedokumente ist verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft wurde am 8. Juni 2007 durch den Bundesrat verabschiedet (BBl 2007 5159)</p>
<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Stärkung der internationalen Beziehungen</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Botschaft über das Bundesgesetz über internationale Kindesentführungen und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen ist verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 28. Februar 2007 verabschiedet.</p>

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Jahresziele 2007 im Überblick

<p>Jahresziele 2007 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2007</p>	<p>Kurze Bilanz</p>
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Schrittweise Konkretisierung der Entwicklungsschwerpunkte des VBS</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Auf der Basis der Vision VBS liegen die Grundlagen zur Weiterentwicklung des Departementes vor ➤ Die im Bericht an das politische Gremium Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) und das VBS verabschiedeten Punkte zu den Aufgaben der Armee in der inneren Sicherheit werden umgesetzt und die Plattform KKJPD-VBS ist institutionalisiert 	<p>Realisiert</p> <p>Die Grundlagen liegen im Entwurf vor. Mit der Verabschiedung bzw. Umsetzung wird zugewartet, bis die Grundsatzentscheide des Bundesrates betreffend die Schaffung eines Sicherheitsdepartements vorliegen. Am 23. Mai 2007 hatte der Bundesrat das EJPD und das VBS, gegebenenfalls unter Einbezug des EFD, beauftragt, bis Februar 2008 eine entsprechende Lösung zu finden.</p> <p>Die Plattform KKJPD-VBS ist institutionalisiert. Die Kernaussagen zum Einsatz der Armee im Rahmen der inneren Sicherheit sind in die Reglemente der Armee eingeflossen, und sie werden in der Zusammenarbeit mit zivilen Partnern angewendet. Per 1. Juli 2007 ist eine Verwaltungsvereinbarung in Kraft getreten, welche die Entschädigung gegenseitiger Leistungen im Bereich der Erfüllung polizeilicher Aufgaben auf eine gemeinsame Basis stellt und die diesbezügliche Zusammenarbeit vereinfacht.</p>

<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Weiterentwicklung der Armee</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht über den Stand der Umsetzung und die Weiterentwicklung der Armee XXI (nach Art. 149b Militärgesetz) ist vom Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Revision 09 der Militärgesetzgebung ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die Disposition des Berichts wurde den Präsidenten der sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte im Juni 2007 zur Kenntnis weitergeleitet und auf Grund ihrer Stellungnahmen finalisiert. Der Bundesrat hat den Bericht nicht wie geplant verabschiedet, da per Ende 2007 letzte Daten noch einfliessen mussten.</p> <p>Eine leichte Verzögerung der Vorlage ergab sich, weil sich die Ausarbeitung der neuen, umfangreichen Datenschutzgesetzgebung im militärischen Bereich (Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme) als wesentlich komplexer und aufwändiger erwiesen hat als erwartet, diverse parlamentarische Vorstösse zu Themen eingereicht wurden, die Gegenstand der Revision des Militärgesetzes sind (insbesondere Auslandseinsätze von Armeeingehörigen), und deren Beratung in den eidg. Räten abgewartet werden musste.</p>
<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Stärkung des Vertrauens in das Departement</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Unterstützung und Begleitung des C VBS in seiner Funktion als öffentliche Person ist optimiert 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Verschiedene Vorkommnisse (Unglück an der Jungfrau, Tötungsdelikt Höngg, Suizide mit Dienstwaffen) haben öffentliche Aufmerksamkeit erregt und Kontroversen ausgelöst, welche den Ruf des Departements beschädigt haben. Dies konnte durch die Auftritte des C VBS und durch verschiedene Kommunikationsmassnahmen nur teilweise aufgefangen werden. Immerhin zeigt sich eine Differenz zwischen der veröffentlichten Meinung (Medien) und der öffentlichen Meinung (Bürgerbriefe an den C VBS).</p>

<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Förderung der Reputation des Departements und der Akzeptanz der Armee</p> <p>Massnahme</p> <p>➤ Das Image des VBS und seiner Exekutivorgane ist messbar gestiegen. Positive Berichterstattung in den Medien über Leistungen der Armee und Auftritte der höchsten Verantwortungsträger. Einzelne Leistungen erscheinen im Gesamtkontext und vermitteln ein konsistentes Bild nach innen und aussen</p>	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Aus den Monatsreportings der Integrierten Kommunikationsanalyse IKA VBS und Rückmeldungen auf Intranet VBS und aus Bereichen der Miliz wird erkenntlich, dass das departementale Handeln grundsätzlich neutral oder positiv wahrgenommen wird. Die Reputation des VBS bewegt sich robust und stabil auf leicht überdurchschnittlichem Niveau, jedoch wurde keine Steigerung erzielt. Die Berichterstattung zu Einsätzen / Leistungen und Auftritten der Armee ist nachweisbar mehrheitlich positiv. Isolierte Einzelmassnahmen der Kommunikation VBS manifestieren sich noch im Bereich der Krisenkommunikation. Grundsätzlich wird das Bild des VBS als konsistent qualifiziert.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Umsetzung des Personalabbaus und der Personalstrategien VBS</p> <p>Massnahmen</p> <p>➤ Die Personalabbauvorgaben werden konsequent eingehalten und der Personalabbau erfolgt nach den Grundsätzen der Personalmigration VBS und nach den Vorgaben auf Stufe Bund</p>	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Der Abbau wird anhand der Verordnung über die Stellen- und Personalbewirtschaftung im Rahmen von Entlastungsprogrammen und Reorganisation sowie den "Grundsätze für die Personalmigration im VBS" geführt. Der Personalabbau beim zivilen Personal erfolgt grundsätzlich nach den Vorgaben. 2006 mussten Massnahmen zu Gunsten der Ausbildungsfront ergriffen werden und in der zweiten Jahreshälfte 2007 sind bei der Logistikbasis der Armee (LBA) Probleme bezüglich der Kapazität bzw. Leistungserbringung gegenüber der Truppe aufgetreten. Die Departementsleitung hat an ihrer Sitzung vom 5. Oktober 2007 auf Antrag des Chefs der Armee entschieden, den Abbau für 2 Jahre zu sistieren. Am Abbauziel soll grundsätzlich festgehalten werden. Allenfalls wird das Abbauziel erst nach 2010 erreicht.</p>

<p>➤ Die personalpolitischen Konzepte und Instrumente im Rahmen der Personalstrategien VBS werden konsequent umgesetzt</p>	<p>Die Personalpolitiken gemäss neuem Bundespersonalgesetz (BPG) sind eingeführt und die Personalstrategien 2002 - 2007 sind grösstenteils umgesetzt. Wo sie noch nicht umgesetzt sind, ist die Initialisierung erfolgt.</p>
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Einführung und Optimierung NRM im VBS</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Das NRM wird im Jahre 2007 innerhalb des VBS stabilisiert und wo notwendig optimiert</p>	<p>Realisiert</p> <p>Das Projekt E NRM VBS wurde erfolgreich abgeschlossen. Die DL hat am 24. Mai 2007 die Projektorganisation offiziell aufgelöst. Der Projektausschuss E NRM VBS wurde in einen Koordinationsausschuss NRM VBS überführt. Dieser begleitet die Linie bis Mitte 2008 (Projektabschluss durch die EFV). Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Linie.</p> <p>Der Haushaltsvollzug im Bereich der kreditwirksamen Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten im ersten Betriebsjahr erwies sich als aufwändig. Der Handlungsbedarf wurde erkannt und entsprechende Umsetzungsmassnahmen eingeleitet. Ein wichtiger Meilenstein ist der bevorstehende erste Jahresabschluss mit NRM. Die Vorbereitungen dazu sind auf Kurs. Bezüglich Finanzreporting wird mit einer lebensfähigen Eigenlösung gearbeitet.</p>
<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Umsetzung der neuen IKT-Steuerungsmechanismen VBS</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <p>➤ Das IT-Governance-Modell VBS (Strukturen, Prozesse, Gremien) ist umgesetzt</p> <p>➤ Der Leistungsauftrag für den IT-Leistungserbringer Führungsunterstützungsbasis (FUB) ist erstellt</p>	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Das IT-Governance-Modell ist an der DL vom 1. März 2007 genehmigt worden. Die Umsetzung der definierten Massnahmen läuft.</p> <p>Der Leistungsauftrag ist im Entwurf vorhanden und seit Oktober 2007 bei der Informatikkonferenz VBS in Vernehmlassung.</p>

<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Umsetzung der Sicherheitspolitik, Einsätze und Weiterentwicklung der Armee</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Wichtige Geschäfte des VBS (insbesondere solche, die an den Bundesrat und an das Parlament gehen) entsprechen den innen- und sicherheitspolitischen Gegebenheiten und sind nachvollziehbar und verständlich formuliert ➤ Die Botschaft über die subsidiären Einsätze der Armee nach 2007 zur Unterstützung der zivilen Behörden (AMBA CENTRO, LITHOS, TIGER / FOX) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft über einen Rahmenkredit für die Weiterführung der Unterstützung der drei Genfer Zentren und verwandter Aktivitäten in den Jahren 2008–2011 ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Vorausmassnahmen für den Entwicklungsschritt 2008–2011 der Armee sind politisch abgestützt und erzielen Wirkung 	<p>Realisiert</p> <p>Die wichtigen Geschäfte des VBS - insbesondere der Entwicklungsschritt 2008/11, das Rüstungsprogramm 2007, die Fortführung der subsidiären Sicherungseinsätze AMBA CENTRO, LITHOS, TIGER/FOX - wurden von den Kammern im Sinne von VBS und Bundesrat entschieden. Struktur, Gedankenführung und Formulierung von Anträgen an den Bundesrat und Botschaften an das Parlament erhalten mehr Aufmerksamkeit und Sorgfalt als in der Vergangenheit.</p> <p>Der Bundesrat hat am 30. Mai 2007 die Botschaft verabschiedet.</p> <p>Die zusammen mit dem EDA erarbeitete Botschaft ist vom Bundesrat am 28. Februar 2007 gutgeheissen worden.</p> <p>Nachdem das Parlament in der Sommersession 2007 grünes Licht für die neue, auf die veränderte Bedrohungssituation ausgerichtete Armeeorganisation gegeben hatte, konnten die Details der neuen Armeeorganisation ausgearbeitet werden. Während die vier Stäbe der Territorialregionen im Heer bestehen bleiben, werden die Brigadestäbe ab dem 1. Januar 2008 schrittweise um einen auf acht reduziert. Aufgelöst wird der Stab der Infanteriebrigade 4 auf Ende 2010.</p>
---	--

<p>➤ Die schweizerische Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik, mit besonderem Augenmerk auf der Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen und der Stärkung bestehender Instrumente in diesem Gebiet, ist weiterentwickelt</p>	<p>Das VBS (Direktion für Sicherheitspolitik) hat eine aktive Rolle in multilateralen Verhandlungen für die Stärkung der vertrauensbildenden Massnahmen gegen die Bedrohung der biologischen Waffen wahrgenommen. Es hat die Ausbildung der internationalen Chemiewaffeninspektoren unterstützt und war federführend bei der Behandlung der parlamentarischen Initiative Dupraz zum Verbot von Streumunition in der Schweiz und der Motion Glanzmann-Hunkeler in der gleichen Problematik.</p>
<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Auf- und Ausbau der Fähigkeiten im Bereich der Führung der Armee (C4I und ISTAR)</p> <p>Massnahmen</p> <p>➤ Die Ziele C4I (Command [Führung], Control [Einsatzleitung], Communications [Telekommunikation], Computers [Computersysteme], Information [Information]) sind gemäss Planung umgesetzt</p> <p>➤ Die Ziele ISTAR (Intelligence [Nachrichtendienst], Surveillance [Überwachung], Target Acquisition [Zielerfassung], Reconnaissance [Aufklärung]) sind gemäss Planung umgesetzt</p>	<p>Realisiert</p> <p>Für das künftige Armeemanagement- und Führungs-Informationssystem liegt das Militärische Bedürfnis im Entwurf vor. Der im Programm C4I koordinierte Umfang an Vorhaben wird ab 1. Januar 2008 erheblich erweitert. Der dazu neu erstellte Programmauftrag wurde am 17. Dezember 2007 durch den Chef der Armee (CdA), den designierten CdA sowie durch den Rüstungschef unterzeichnet. Es müssen Lösungen gefunden werden, um die Situation des fehlenden qualifizierten Personals resp. der überbeanspruchten Schlüsselpersonen zu überwinden.</p> <p>Das gesamte Programm ISTAR ist gemäss Zeitplan MASTERPLAN 2007 auf Kurs. Die entscheidungsreife Konzeption für die Weiterentwicklung ISTAR wurde im 2. Quartal abgeschlossen. Seitdem werden die zusätzlich geforderten Teilfähigkeiten konzeptionell entwickelt und die Grundlagen zum Aufbau ausgearbeitet. Die Situation, dass wesentliches und qualifiziertes Personal fehlt, ist sehr kritisch für die erfolgreiche Umsetzung der Fähigkeit ISTAR.</p>

<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Umsetzung und Konsolidierung des Entwicklungsschrittes 2008/11</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verordnungen zu den Änderungen der Armeeorganisation und zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes sind genehmigt und auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Damit sind die rechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung des Entwicklungsschrittes 08/11 geschaffen* ➤ Die Belegung / Reduktion der Armeefunktion, die weitere Reduktion von Waffensystemen und der Bevorratung ist gemäss den Vorgaben des Departements umgesetzt ➤ Die Grundlagen für die Erweiterung der militärischen Friedensförderung sind gemäss den Vorgaben des Departements erarbeitet 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Mit der Annahme der Revision der Verordnung über die Organisation der Armee durch National- und Ständerat am 22. Juni 2007 sowie der Verabschiedung der AO-Revision 2007 durch den Bundesrat am 24. Oktober 2007 sind die rechtlichen Voraussetzungen für den Start der Realisierung des Entwicklungsschrittes 08/11 geschaffen worden. Bis Ende Jahr konnten sämtliche Vorbereitungen für eine gestaffelte Umsetzung des Entwicklungsschrittes getroffen werden.</p> <p>Verläuft grundsätzlich gemäss Planung. Die Bedarfsplanung im Bereich Logistik hat sich weiter verzögert, weil die konzeptionellen Grundlagen für die Bevorratung aufgrund von personellen Engpässen nicht erstellt werden konnten.</p> <p>Das erarbeitete Massnahmenpaket wurde vom C VBS mit Schreiben vom 5. November 2007 genehmigt. Umsetzung läuft.</p>
<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Erhalt von Fähigkeiten durch Neubeschaffung, Kampfwertsteigerung oder Kampferhalt</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die für die Erfüllung der Aufgaben der Armee notwendigen Fähigkeiten (mittelfristig) und Leistungen (kurzfristig) sind sichergestellt 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die Departementsleitung VBS hat am 5. Oktober 2007 die zur Sicherstellung der Leistungen der Armee beantragten Optimierungsmassnahmen genehmigt und das weitere Vorgehen festgelegt. Insgesamt geht es darum, wieder ein stimmiges Verhältnis zwischen Zielen, Mitteln und Leistungen zu erreichen sowie nach 2011 den Neuaufbau von Fähigkeiten so zu optimieren, dass Betriebs- und Investitionsaufwand in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.</p>

<p><u>Ziel 12</u></p> <p>Weiterentwicklung des Bereichs Verteidigung</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die strategischen Grundlagen bezüglich der Weiterentwicklung des Bereichs V sind konsolidiert und kommuniziert ➤ Der Personalumbau und -abbau ist gemäss den Vorgaben des Departements umgesetzt ➤ Die Ziele BLS V (Betriebswirtschaftliche und logistische Systeme Verteidigung) sind gemäss Planung umgesetzt	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die "Strategie der Schweizer Armee 2007" ist von der Geschäftsleitung V genehmigt und vom C VBS zur Kenntnis genommen worden. Damit wurden Ordnung und Einheitlichkeit hinsichtlich der strategischen Ziele der Streitkräfte geschaffen und die Grundlagen für eine erfolgreiche strategische Führung festgelegt. Die Strategie wurde am Kadertag V präsentiert.</p> <p>Die Vorgaben VBS zum Personalum- und abbau sind vollumfänglich erfüllt.</p> <p>Das Projekt LOGISTIK@V als Kernprojekt des Programms BLS V wurde - nach einem Unterbruch von 4 Monaten (Aufhebung des Vertrages mit der verantwortlichen Firma und strategische Neuaufsetzung des Projektes) - per Anfang August 2007 mit der Unterstützung eines Konsortiums neu gestartet. Mit den entsprechenden Vorgaben kann nun die Arbeit LOGISTIK@V Phase II in geordneten Bahnen weitergeführt werden. Der entsprechend überarbeitete Programmauftrag BLS V für die Phase II ist am 27. November 2007 unterzeichnet worden.</p>
---	---

<p><u>Ziel 13</u></p> <p>Konsolidierung der Gruppe armasuisse</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Konsolidierung ist abgeschlossen ➤ Die Weiterentwicklung ist festgelegt 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die Gruppenstruktur mit den drei FLAG-Verwaltungseinheiten wurde konsolidiert; die Optimierung der Führungsprozesse eingeleitet. Die Geschäftsgrundlagen (Geschäftsordnung, Strategische Ziele und Unternehmensplan 08-12) wurden, unter Berücksichtigung der Entscheide des Departementchefs, überarbeitet.</p> <p>Ausgehend von einem Expertenbericht wurde ein umfassender Changeprozess mit Beteiligung der Hauptanspruchsgruppen (Stakeholder) und externer Beratung durchgeführt. Die Zukunftsalternativen wurden dem Chef VBS am 3. Juli 2007 unterbreitet. Am 25. September 2007 hat der Chef VBS Rahmenziele für die Weiterentwicklung der armasuisse, mit dem Schwerpunkt der Optimierung der Beschaffung (inkl. Beschaffungsstrategie), festgelegt. Diese Rahmenvorgaben werden, zusammen mit dem Querschnittsprojekt 5 der Verwaltungsreform, konkretisiert und schrittweise umgesetzt werden.</p>
<p><u>Ziel 14</u></p> <p>Optimierung des Beschaffungsprozesses</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Beschleunigungsmassnahmen sind eingeleitet ➤ Das Beschaffungsmanagement im VBS ist optimiert 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die ursprüngliche Vereinbarung "TUNE" wurde überarbeitet und unter dem Titel "TUNE+" am 2. Mai 2007 durch den CdA und den Rüstungschef in Kraft gesetzt. Die Integration von IMMO und W+T in den Masterplanprozess ist soweit fortgeschritten, dass die entsprechende Vereinbarung für IMMO per Ende 2007 verabschiedet werden konnte.</p> <p>Nach Inkraftsetzung der OrgVoeB per 1. Januar 2007 sind die notwendigen Prozessanpassungen zur Abwicklung der Geschäfte und die Realisierung der notwendigen Tools armasuisse intern und in Abstimmung mit dem BBL erfolgt. Die nötigen Prozessanpassungen im VBS zwischen armasuisse, LBA, FUB, LW und HE konnten erst Ende 2007 in Arbeit genommen werden.</p>

<p><u>Ziel 15</u></p> <p>Optimierung der Grundlagen für die VBS-Forschung</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Forschung im VBS ist in Bezug auf Ziele, Inhalte und Verantwortlichkeiten definiert 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Der W+T-Plan VBS als zukunftsorientierte Ausrichtungsgrundlage für die Forschung im sicherheitstechnologischen Bereich ist eingeführt. Daraus wurde der langfristige Forschungsplan 2008-2011 mit Inhalten und Nutzen der Forschungsprogramme abgeleitet und genehmigt. Die Ausarbeitung einer Forschungspolitik wurde im Hinblick auf die mögliche departementale Entwicklung ausgesetzt.</p>
<p><u>Ziel 16</u></p> <p>Inkraftsetzung des neuen Geoinformationsgesetzes (Aufbau der Nationalen Geodaten-Infrastruktur)</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das GeoIG ist auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt und die Ausführungsverordnungen sind erlassen* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Das Geoinformationsgesetz (GeoIG) wurde nicht wie geplant in der Sommersession durch das Parlament verabschiedet, sondern erst in der Herbstsession. Der Inkraftsetzungstermin für das GeoIG wie auch für die Ausführungsverordnungen (mit Ausnahme der Verordnung zum Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen) musste daher verschoben werden.</p>
<p><u>Ziel 17</u></p> <p>Weiterentwicklung der Nationalen Sicherheitskooperation (NSK)</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernetzung der sicherheitspolitischen Instrumente ist optimiert 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Ein Konzept zur Weiterentwicklung der nationalen Sicherheitskooperation liegt vor. Die Bereinigung mit den sicherheitspolitischen Partnern ist noch nicht abgeschlossen. Die hohe Vernetzung und die Komplexität der Thematik beansprucht mehr Zeit als geplant.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Koordination der Tätigkeiten im Bereich des Schutzes kritischer Infrastrukturen ist geplant ➤ Die Massnahmenplanung im Bereich des Nationalen ABC-Schutzes ist verabschiedet und vom Bundesrat zur Kenntnis genommen* ➤ Die Optimierungsmassnahmen aus dem Projekt OWARNA (Optimierung von Warnung und Alarmierung bei Naturgefahren) sind umgesetzt 	<p>Der Bundesrat hat am 4. Juli 2007 eine Aussprache über den ersten Bericht zum Schutz kritischer Infrastrukturen geführt und das weitere Vorgehen festgelegt.</p> <p>Der Bundesrat am 21. Dezember 2007 das Aussprachepapier Strategie ABC-Schutz Schweiz zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen bestimmt.</p> <p>Der Bundesrat hat am 30. Mai 2007 den Bericht OWARNA zur Kenntnis genommen und die Massnahmen zur Optimierung der Warnung und Alarmierung bestimmt. Die Optimierungsmassnahmen sind bis Ende 2008 respektive 2009 umzusetzen.</p>
<p><u>Ziel 18</u></p> <p>Weiterentwicklung des Zivilschutzes (ZS)</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht über die Standortbestimmung zu den Schutzanlagen und Schutzräumen (in Erfüllung der Mo. FK-N 05.3715) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Massnahmen zur Optimierung des Zivilschutzes sind festgelegt 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Der Bericht liegt vor und ist dem VBS am 14. November 2007 eingereicht worden. Da der Bericht aufgrund der Resultate der Ämterkonsultation noch zu ergänzen ist, konnte er 2007 dem Bundesrat nicht wie geplant zur Verabschiedung unterbreitet werden.</p> <p>Die Massnahmen zur Optimierung des Zivilschutzes sind mit den Kantonen bestimmt. Eine Teilrevision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) wird vorbereitet.</p>
<p><u>Ziel 19</u></p> <p>Umsetzung des Konzeptes des Bundesrates für eine Sportpolitik in der Schweiz</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Massnahmen 2007 des Sportkonzeptes II (2007–2010) sind umgesetzt 	<p>Realisiert</p> <p>Die geplanten Massnahmen sind realisiert.</p>

<p><u>Ziel 20</u></p> <p>Vorbereitung der UEFA EURO 08</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Umsetzungsentscheide zur subsidiären Unterstützung der zivilen Behörden anlässlich der Fussball-Europameisterschaft 2008 sind vom Bundesrat getroffen* ➤ Die Art und der Umfang der Leistungen des Bundes sind im Detail definiert ➤ Die Massnahmen sind gemäss Planung umgesetzt 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die notwendigen Entscheide wurden vom Bundesrat unter anderem mit einer Absichtserklärung über die Zusammenarbeit mit Europol vom 7. Dezember 2007 getroffen. Die Planung des Assistenzdienstes und die Anträge der Austragungsorte sowie der anderen eingebundenen Stellen zur Unterstützung mit Armeematerial liegen vor. Die zum jetzigen Zeitpunkt nötigen Umsetzungsschritte sind eingeleitet.</p> <p>Die Leistungen des Bundes wurden bis Mitte 2007 in den Detailkonzepten (insbesondere Sicherheit) ausgewiesen. Im Rahmen der periodischen Abstimmungsprozesse werden die Art und der Umfang der Bundesleistungen zusammen mit den Austragungsorten, der UEFA Euro 2008 SA, Österreich und weiteren involvierten Stellen laufend aktualisiert und verfeinert.</p> <p>Die Umsetzung der Massnahmen erfolgte gemäss Planung.</p>
<p><u>Ziel 21</u></p> <p>Sportförderung und Dopingbekämpfung</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem neuen Sportförderungsgesetz eröffnet* ➤ Die Botschaft über Finanzhilfen an Sportanlagen von nationaler Bedeutung (NASAK 3) ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die Ämterkonsultation zur Vernehmlassungsvorlage wurde durchgeführt. Der Bundesrat konnte das Geschäft nicht im Berichtsjahr verabschieden, weil zusätzlich Massnahmen zur Dopingbekämpfung in die Vorlage integriert werden mussten, was mit einem erheblichem Mehraufwand verbunden war.</p> <p>Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 28. Februar 2007 verabschiedet.</p>

<p>➤ Die Botschaft zur Dopingbekämpfung ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Der Bundesrat hat die Botschaft über die Internationale Konvention gegen Doping im Sport (UNESCO-Konvention) am 5. September 2007 verabschiedet. Die übrigen Aspekte der gemäss Ziel 12 des Bundesrates für das Jahr 2007 angekündigten Botschaft werden in die Vernehmlassungsvorlage zum neuen Sportgesetz integriert.</p>
<p><u>Ziel 22</u></p> <p>Umsetzung der Strategie im Bundesamt für Sport</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <p>➤ Die Massnahmen in den vier Strategiefeldern (Allgemeine Sport- und Bewegungsförderung, Bildung, Spitzensport sowie Fairer und sicherer Sport) sind gemäss Planung umgesetzt</p>	<p>Realisiert</p> <p>Die geplanten Massnahmen wurden realisiert. Die Berichterstattung erfolgt im Rahmen des FLAG-Leistungsberichts.</p>

Finanzdepartement

Jahresziele 2007 im Überblick

<p>Jahresziele 2007 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2007</p>	<p>Kurze Bilanz</p>
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Aufgabenüberprüfung</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ein Aktionsplan mit Vorschlägen für Verzichts- und Reformmassnahmen ist ausgearbeitet* ➤ Der Dialog mit den Kantonen, Parteien und Sozialpartnern ist aufgenommen.* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Das EFD hat Eingaben der Departemente und eigene Vorschläge zu einem Paket mit Reformstossrichtungen geschnürt.</p> <p>Der politische Dialog kann erst nach Verabschiedung des Aktionsplans durch den Bundesrat eröffnet werden.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Subventionsüberprüfung</p> <p>Massnahme</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der dritte Subventionsbericht ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die Subventionsüberprüfung ist abgeschlossen. Der Bundesrat konnte den Bericht nicht wie geplant 2007 verabschieden, weil eine Abstimmung auf die Aufgabenüberprüfung unerlässlich ist.</p>

<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Auslagerung und Steuerung von Bundesaufgaben (Corporate Governance)</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Umsetzungsplanung für den Corporate-Governance-Bericht ist vom Bundesrat verabschiedet 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die Beratung des Corporate-Governance-Berichts im Parlament wird entgegen der ursprünglichen Planung erst 2008 abgeschlossen sein. Um die Vorgaben der Eidg. Räte zu berücksichtigen, wurde die von den Departementen erarbeitete Planung zur Umsetzung des Corporate-Governance-Berichts nicht wie geplant 2007 dem Bundesrat vorgelegt.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Neues Rechnungsmodell (NRM)</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Umsetzung in der Bundesverwaltung und in den zu konsolidierenden Einheiten ist erfolgt 	<p>Realisiert</p> <p>Auf den 1. Januar 2007 konnte die Rechnungsführung unter NRM produktiv gesetzt werden. Mit diesem Schritt wurde gleichzeitig die Überführung des NRM von der Projekt- in die Betriebsphase eingeleitet. Per Mitte 2007 wurde mit dem Schlussbericht NRM ein Projektteilabschluss vollzogen und damit ausgewählte Aktivitäten definitiv der Linie übergeben. Die Projektarbeiten zur Konsolidierten Rechnung Bund sind auf Kurs, so dass diese ab dem Rechnungsjahr 2009 erstellt und publiziert werden kann. Sie wird auch jene Organisationen einschliessen, die zwar rechtlich ausgelagert, wirtschaftlich aber eng mit dem Bund verbunden sind.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Nachrichtenlose Vermögenswerte</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat hat über die Lösungsvarianten Bundesgesetz oder Revision bestehender Gesetze (Finanzmarktgesetze oder Privatrecht) befunden und die Botschaft verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Nach verschiedenen Abklärungen stand für den Bundesrat eine privatrechtliche Lösung im Vordergrund (Entscheid vom 8. Juni 2007). Das Dossier wurde deshalb zur weiteren Prüfung ans EJPD (BJ) übergeben, mit dem Auftrag, eine entsprechende Ergänzung des Obligationenrechts vorzubereiten.</p>

<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Bundesgesetz über die Finanzmarktaufsicht (FINMAG)</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Umsetzungserlasse sind vom Bundesrat verabschiedet</p>	<p>Nicht realisiert</p> <p>Das Parlament hat das Finanzmarktaufsichtsgesetz erst am 22. Juni 2007 verabschiedet. Der Bundesrat konnte deshalb nicht wie geplant bereits 2007 über die Umsetzungserlasse beschliessen.</p>
<p><u>Ziel 7</u></p> <p>GAFI-Empfehlungen</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Botschaft über das weitere Vorgehen zur Umsetzung der 40 Empfehlungen ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat den Botschaftsentwurf zur Umsetzung der revidierten GAFI-Empfehlungen am 15. Juni 2007 verabschiedet. Der Entwurf dehnt den Geltungsbereich des Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor (GwG) auf die Terrorismusfinanzierung aus und enthält einige Massnahmen, mit denen die Wirksamkeit des schweizerischen Abwehrdispositivs erhöht und der generelle Schutz des Finanzplatzes vor Missbräuchen verstärkt werden sollen.</p>
<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Neue Personalpolitik</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <p>➤ Die Grundsätze der Neuausrichtung der Personalpolitik und deren Umsetzung sind vom Bundesrat beschlossen</p>	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 16. Mai 2007 eine Auslegung der personalpolitischen Herausforderungen zur Kenntnis genommen und Prioritäten definiert:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Migration zum Beitragsprimat 2. Revision des Bundespersonalgesetzes BPG 3. Neuausrichtung Personalmanagement und Aus- und Weiterbildung

<p>➤ Die Botschaft zur Reform des Rechts des Bundespersonals ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Der Bundesrat hat das EFD am 29. November 2006 mit einer Revision des Bundespersonalgesetzes beauftragt, um die Regelungsdichte in Personalangelegenheiten und im Personalrecht abzubauen bzw. zu vereinfachen. Am 29. August 2007 legte er die Eckwerte der Reform fest:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Flexiblere Regelung der Gründe, welche die Änderung und die ordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses rechtfertigen 2. Ersatz der Pflicht zur Weiterbeschäftigung nach ungültiger Kündigung durch den Arbeitgeber durch eine weiter gefasste Pflicht des Arbeitgebers zur Unterstützung des beruflichen Fortkommens 3. Vereinfachung des Entscheid- und Streiterledigungsverfahrens 4. Erweiterung der Möglichkeiten für die Anstellung von ganzen Personalkategorien und Personen nach dem Obligationenrecht 5. Stärkung von Steuerungs- und Controllingmassnahmen im Personalmanagement. <p>Wegen einer departementalen Umpriorisierung per Ende Jahr konnte die Botschaft nicht wie geplant im 2007 dem Bundesrat vorgelegt werden.</p>
<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Reform der Mehrwertsteuer</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <p>➤ Die Vernehmlassung zur Vereinfachung des Systems der Mehrwertsteuer ist durchgeführt und ausgewertet*</p> <p>➤ Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden*</p>	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die Vernehmlassung zur Totalrevision wurde vom 14. Februar bis 31. Juli 2007 durchgeführt und ist ausgewertet.</p> <p>Aufgrund der zahlreichen Stellungnahmen konnte der Bundesrat das Vernehmlassungsergebnis noch nicht wie geplant 2007 zur Kenntnis nehmen und nicht über das weitere Vorgehen entscheiden.</p>

<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zum Systemscheid (Splitting / Individualbesteuerung / Wahlrecht oder Doppeltarif) ist durchgeführt* ➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Die Vernehmlassung zur Totalrevision wurde vom 15. Dezember 2006 bis 30. Juni 2007 durchgeführt und der Ergebnisbericht liegt vor.</p> <p>Die Ergebnisse der Vernehmlassung haben gezeigt, dass es bei der Frage, welches Steuersystem bei der Ehepaarbesteuerung gewählt werden soll, eine politische Pattsituation gibt. Aus diesem Grund waren zusätzliche Abklärungen und Überlegungen notwendig. Daher konnte der Bundesrat die Botschaft noch nicht wie geplant 2007 verabschieden.</p>
<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Bundesgesetz über eine Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Botschaft wurde dem Bundesrat Mitte Dezember 2007 vorgelegt. Die Verabschiedung steht aber noch aus, weil die Beratung verschoben wurde.</p>
<p><u>Ziel 12</u></p> <p>Revision Tabaksteuergesetz</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 21. Dezember 2007 die Botschaft zur Änderung des Tabaksteuergesetzes verabschiedet. Damit soll die Steuerstruktur für Zigaretten, Zigarillos und Schnittabak vereinfacht und modernisiert werden.</p>

<p><u>Ziel 13</u></p> <p>Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Vernehmlassungsverfahren ist eröffnet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Eine grundlegende internationale Voraussetzung für das neue Beschaffungsrecht, die Revision des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen, hat sich weiter verzögert. Ebenfalls hat sich die Abstimmung mit den Kantonen über die Art und das Ausmass der Harmonisierung des Beschaffungsrechts im Inland verzögert. Entsprechend konnte auch das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen nicht wie geplant eröffnet werden.</p>
<p><u>Ziel 14</u></p> <p>E-Government-Strategie Schweiz</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Steuerungsgremium ist konstituiert ➤ Die Geschäftsstelle ist operativ ➤ Die Instrumente (Katalog prioritärer Vorhaben, Massnahmenplan, Cockpit) liegen vor 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Das Steuerungsgremium hat sich anlässlich seiner ersten Sitzung am 30. November 2007 konstituiert.</p> <p>Stellen sind ausgeschrieben, deren Besetzung wird in Kürze erfolgen können.</p> <p>Der Katalog prioritärer Vorhaben liegt vor. Die anderen Instrumente werden nach dem Aufbau der Geschäftsstelle bereitstehen.</p>

<p><u>Ziel 15</u></p> <p>Bundesverwaltungsreform</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Schlussbericht des Delegierten liegt vor und die zentrale Projektorganisation ist aufgelöst* ➤ Die Umsetzung in den einzelnen Bereichen ist abgeschlossen bzw. der Bundesrat hat beschlossen, wie die noch laufenden Projekte über 2007 hinaus zu begleiten sind* 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 14. Dezember 2007 den Abschlussbericht zur Verwaltungsreform verabschiedet. Der Bundesrat hielt fest, dass die in 33 Projekten anvisierten Ziele der Verwaltungsreform erreicht wurden. In neun Querschnittsprojekten für die gesamte Verwaltung und 24 Departementsprojekten wurden Abläufe und Prozesse vereinfacht, überflüssige Schnittstellen eliminiert, Strukturen gestrafft und Doppelspurigkeiten abgebaut. In den meisten Bereichen wurden die angestrebten Effizienzsteigerungen erzielt. Der Delegierte beendete sein Mandat auf Ende 2007 und sein Schlussbericht liegt den Mitgliedern des bundesrätlichen Ausschusses vor; die zentrale Projektorganisation wurde auf Ende 2007 aufgelöst.</p> <p>Um die verbleibenden Folgearbeiten erfolgreich abzuschliessen, hat der Bundesrat am 7. November 2007 entschieden, bis Ende Mai 2008 eine kleine Umsetzungsorganisation (200 Stellenprozente) einzusetzen.</p>
<p><u>Ziel 16</u></p> <p>Neue Aufgabenteilung und Zusammenarbeitsformen zwischen Bund und Kantonen</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Anpassung des Verordnungsrechts an die Ausführungsgesetzgebung der neuen Aufgabenteilung und Zusammenarbeitsformen ist durchgeführt und die Verordnungen sind verabschiedet* ➤ Die Verordnung zum Finanz- und Lastenausgleich ist verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat vom 18. April bis 20. Juli 2007 die Vernehmlassung durchgeführt und am 7. November 2007 die infolge der NFA-Ausführungsgesetzgebung notwendigen Anpassungen des Verordnungsrechts genehmigt. Gleichzeitig hat er die gesamte Reform auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt.</p> <p>Der Bundesrat hat die Verordnung am 7. November 2007 verabschiedet.</p>

Volkswirtschaftsdepartement

1. Abschnitt: Jahresziele 2007 im Überblick

<p>Jahresziele 2007 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2007</p>	<p>Kurze Bilanz</p>
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Konkretisierung der Elemente der künftigen Wachstumspolitik</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Wachstumsbericht 2007 mit einer Evaluation der bisherigen Wachstumspolitik und einer Evaluation des Wachstumspotenzials ist erstellt ➤ Ein Vorschlag zuhanden des Bundesrates für ein Wachstumspaket II liegt vor ➤ Die Massnahmen des Wachstumspakets II sind vom Bundesrat verabschiedet und in die Legislaturplanung 2007–2011 integriert* 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Überwiegend realisiert. Die Kernelemente des Berichts sind erstellt. Der Bericht ist in der Finalisierungsphase.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 21. November gestützt auf ein Aussprachepapier des EVD die wesentlichen Inhalte bei der Fortsetzung der Wachstumspolitik festgelegt.</p> <p>Realisiert. Die wesentlichen Inhalte der Fortsetzung der Wachstumspolitik wurden festgelegt. Die Kommunikation erfolgt in Abstimmung mit der Legislaturplanung</p>

<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Revision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung ist ausgewertet und ein Bundesratsentscheid über das weitere Vorgehen liegt vor 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 4. Juli 2007 Kenntnis genommen von den Ergebnissen der Vernehmlassung und das EVD mit der Ausarbeitung der Botschaft beauftragt. Dabei sollen zur Verhinderung der Inländerdiskriminierung schweizerische Sondervorschriften konsequent abgebaut werden. In einem ersten Zwischenentscheid hat der Bundesrat am 31. Oktober 2007 über die Ausnahmen vom künftigen Cassis-de-Dijon-Prinzip entschieden, die Anpassung diverser schweizerischer Produktvorschriften an diejenigen der EG beschlossen und die Departemente mit den dafür nötigen Umsetzungsarbeiten beauftragt.</p>
<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Erarbeitung des neuen Hochschulrahmengesetzes</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das EVD erarbeitet zusammen mit dem EDI und der EDK den vernehmlassungsfähigen Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes ➤ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Hochschulrahmengesetz eröffnet* 	<p>Realisiert</p> <p>EVD, EDI und EDK haben gemeinsam einen Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) ausgearbeitet.</p> <p>Der Bundesrat hat das Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) am 12. September 2007 in die Vernehmlassung geschickt. Diese dauert bis 31. Januar 2008.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Verabschiedung der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 24. Januar 2007 verabschiedet.</p>

<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Beteiligung der Schweiz an den Programmen der EU in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und Jugend in den Jahren 2008–2013</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Mit der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2008-2011 wurden die Mittel für die Fortführung der indirekten Teilnahme an den genannten Programmen bewilligt. Die Botschaft zur offiziellen Teilnahme folgt, sobald die Verhandlungen mit der EU abgeschlossen sind. Diese konnten noch nicht aufgenommen werden, weil das Mandat der EU noch nicht vorliegt; dies im Gegensatz zum Mandat der Schweiz, welches der Bundesrat am 28. Februar 2007 verabschiedet hat.</p>
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Rechtsgrundlagen Kommission für Technologie und Innovation (KTI)</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Der Bundesrat hat sich über die Rechtsgrundlage und die Positionierung der KTI ausgesprochen*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 2. Mai 2007 das EVD beauftragt, eine Revision des Forschungsgesetzes vorzulegen (Erweiterung des Zweckartikels, Regelung der wirtschaftlichen Dimension der KTI etc.). Am 21. Dezember 2007 hat er die Teilrevision des Forschungsgesetzes in die Vernehmlassung geschickt. Die Vernehmlassung dauert bis 31. März 2008.</p>
<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Bildungspolitische Steuerung</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Das EVD hat auf der Basis des Bildungsberichts Schweiz 2006 die in seinem Bereich liegenden mittelfristigen bildungspolitischen Steuerungsfragen zusammen mit den Kantonen identifiziert</p>	<p>Realisiert</p> <p>Die mit bildungspolitischen Aufgaben betrauten Organe auf Bundes- und Kantonebene haben in verschiedenen Bereichen primäre Handlungsfelder / Fragestellungen ausgemacht.</p>

<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Etablierung des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) im 3. Kreis</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) hat sich im 3. Kreis (dem GS EVD unterstellt) etabliert ➤ Das EHB hat sich als Kompetenzzentrum in Fragen der Berufsbildung positioniert 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Die verschiedenen Instrumente und Abläufe des Hochschulinstitutes sind weitgehend definiert und installiert. Der Aufbau eines Indikatorensystems zur Messung der Zielerreichung ist in Angriff genommen worden.</p> <p>Der Bundesrat hat die Eröffnungsbilanz des Hochschulinstitutes (22.08.2007) sowie den ersten Leistungsauftrag für die Periode 2008-2011 (14.12.2007) verabschiedet.</p> <p>Das EHB erbrachte primär Dienstleistungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen in allen Sprachregionen der Schweiz und positionierte sich in seinem ersten Geschäftsjahr als Kompetenzzentrum für Fragen in der Berufsbildung, Berufspädagogik und Berufsentwicklung.</p>
<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Ernährungssektors</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verordnungen zur Umsetzung der Agrarpolitik 2007 und Agrarpolitik 2011 liegen vor ➤ Der 8. Agrarbericht, in welchem die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft geprüft wird, ist publiziert 	<p>Realisiert</p> <p>Die Agrarpakete von Mai und November 2007 wurden vom Bundesrat an den Sitzungen vom 16. Mai und vom 14. November 2007 verabschiedet.</p> <p>Der 8. Agrarbericht des BLW wurde am 22. November 2007 publiziert.</p>

<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Weiterentwicklung des Veterinär-Abkommens zum Landwirtschaftsabkommen Schweiz – EG</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verordnung über die Ein- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten ist total revidiert ➤ Die Artenschutzverordnung ist total revidiert 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die neue Verordnung über die Ein- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten am 18. April 2007 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat die neue Artenschutzverordnung am 18. April 2007 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Stärkung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die für die Umsetzung der Abkommen über die Assoziierung an Schengen und Dublin erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen (inkl. betreffend die Evaluation) sind erfolgt und der Bundesrat hat über die Weiterentwicklungen zum Besitzstand von Schengen / Dublin befunden. Die entsprechenden Botschaften sind gegebenenfalls verabschiedet* ➤ Die Verhandlung über die gegenseitige Anerkennung von geschützten Bezeichnungen (AOC und IPG) ist weit fortgeschritten* ➤ Die exploratorischen Gespräche in den Bereichen Landwirtschaft (FHA mit der EU), Teilnahme am Galileo-System und im Bereich der öffentlichen Gesundheit sind geführt; gegebenenfalls sind Verhandlungen mit der EU aufgenommen* 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Überwiegend realisiert. Die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung von Schengen / Dublin in der Schweiz sowie für die Übernahme der Weiterentwicklungen von Schengen wurden weitgehend abgeschlossen. Ein vollständiger Abschluss wurde vor allem durch die Verspätung der EU bei der Ratifizierung der Abkommen verunmöglicht.</p> <p>Teilweise realisiert. Da die Europäische Kommission erst im Sommer ein Verhandlungsmandat erhielt, konnten formelle Verhandlungen erst am 4. Oktober 2007 aufgenommen werden. Die Gespräche sind im Gang.</p> <p>Überwiegend realisiert. Die exploratorischen Gespräche mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich, zur Teilnahme am Galileo-System und im Bereich der öffentlichen Gesundheit wurden fortgesetzt.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verhandlungen mit der EU im Bereich der Elektrizität sind aufgenommen; gegebenenfalls ist ein Abkommen abgeschlossen* ➤ Die Verhandlungen bezüglich der Erneuerung der Abkommen MEDIA und Forschung, wie auch diejenigen in Bezug auf ein Bildungs-Abkommen, sind abgeschlossen ➤ Der Bericht über die Erhaltung des Föderalismus bei verschiedenen europapolitischen Optionen (in Erfüllung des Po. Pfisterer Thomas 01.3160) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Das Verhandlungsmandat zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien ist verabschiedet und die Verhandlungen mit der Europäischen Union sind aufgenommen* 	<p>Überwiegend realisiert. Die Verhandlungen wurden am 8. November 2007 aufgenommen.</p> <p>Teilweise realisiert. Die Abkommen Forschung und MEDIA wurden am 25. Juni bzw. am 11. Oktober 2007 erneuert. Das Parlament hat die Beibehaltung der vorläufigen Anwendung des Abkommens MEDIA beschlossen und hat den Bundesrat aufgefordert, innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach Lösungen im Interesse der audiovisuellen Politik der Schweiz zu suchen. Der Bundesrat hat am 21. Februar 2007 ein Verhandlungsmandat für ein Bildungsabkommen verabschiedet. Da die EU ihrerseits das Verhandlungsmandat noch nicht verabschiedet hat, konnten die Verhandlungen über ein Bildungsabkommen noch nicht aufgenommen werden.</p> <p>Realisiert. Der Föderalismusbericht wurde vom Bundesrat am 15. Juni 2007 verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Das Verhandlungsmandat wurde am 23. Mai 2007 vom Bundesrat verabschiedet, und die Verhandlungen mit der EU wurden am 10. Juli 2007 aufgenommen</p>
<p><u>Ziel 12</u></p> <p>Sicherstellung des Follow-up zum Referendum über das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft über den Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft zum Rahmenkredit über den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union wurde am 15. Dezember 2006 vom Bundesrat verabschiedet.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die bilateralen Rahmenabkommen mit den neuen Mitgliedstaaten der EU betreffend Umsetzung des schweizerischen Beitrags zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU sind unterzeichnet und ratifiziert* ➤ Die Botschaft zum Rahmenkredit IV für die Ostzusammenarbeit ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Die bilateralen Rahmenabkommen wurden am 20. Dezember 2007 unterzeichnet und in Kraft gesetzt. Gemäss Art. 13 des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (SR 974.1) kann der Bundesrat völkerrechtliche Verträge im einphasigen Verfahren abschliessen: Die bilateralen Rahmenabkommen sind folglich nach der Unterzeichnung ohne Ratifikation von Schweizer Seite verbindlich geworden.</p> <p>Die Botschaft zum Rahmenkredit über die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS wurde am 15. Dezember 2006 vom Bundesrat verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 13</u></p> <p>Initiative zur Wiederbelebung der Doha-Runde</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ein informelles Ministertreffen am Rande des WEF 2007 in Davos ist durchgeführt ➤ Zu für die Schweiz wichtigen (aber weniger umstrittenen) Themen wie Handelserleichterung hat die Schweiz Eingaben eingereicht oder Treffen durchgeführt ➤ In umstrittenen Verhandlungsbereichen hat die Schweiz durch Eingaben bzw. Treffen die Koalitionen gestärkt 	<p>Realisiert</p> <p>Die Schweiz hat am Rande des WEF 2007 in Davos ein Ministertreffen organisiert, das die Wiederaufnahme der Doha-Verhandlungen ermöglichte.</p> <p>Die Schweiz hat bspw. zu Trade Facilitation 5 Workshops organisiert und ist weiterhin Koordinatorin einer Gruppe von 24 Ländern (darunter die EU, Japan, China, Mexiko, Kanada, Pakistan u. verschiedene lateinamerikanische Länder), welche sich mit der Frage der Umsetzung eines neuen WTO-Abkommens in Handelserleichterung auseinandersetzt.</p> <p>Die Schweiz konnte im Bereich der geographischen Herkunftsangaben die Koalitionen nicht ausweiten. Die Verhandlungen sind polarisiert. Es gelang ihr aber im Bereich Handel und Umwelt in bezug auf Umweltgüter eine von vielen Ländern mitgetragene Liste zur Liberalisierung von Umweltgütern vorzuschlagen.</p>

<p><u>Ziel 14</u></p> <p>Weiterer Ausbau des Netzes der Freihandelsabkommen mit Drittstaaten</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die EFTA-Verhandlungen mit Kanada, Ägypten, Thailand, Algerien und dem Golfkooperationsrat sind abgeschlossen* ➤ Das Abkommen EFTA-SACU ist ratifiziert und die relevanten Verordnungen sind angepasst ➤ Die Machbarkeitsstudien mit Japan und Indonesien sind abgeschlossen, über das weitere Vorgehen ist entschieden und die Verhandlungsmandate sind gegebenenfalls vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Teilweise realisiert. Das Freihandelsabkommen mit Ägypten wurde im Januar unterzeichnet und ist am 1. August in Kraft getreten; die Schweiz wendet das Abkommen auf der Grundlage des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über aussenwirtschaftliche Massnahmen provisorisch an. Die Verhandlungen mit Kanada wurden im Juni abgeschlossen. Mit Thailand wurden nach längerem Unterbruch im Oktober die Gespräche wieder aufgenommen. Eine formelle Wiederaufnahme der Verhandlungen und deren Abschluss waren im Berichtsjahr auf Grund der innenpolitischen Situation in Thailand nicht möglich. Nach mehrmaligen Verzögerungen wurden die Freihandelsverhandlungen mit Algerien im November aufgenommen; ein Abschluss war bis zum Jahresende nicht möglich. Die Verhandlungen mit den GCC-Staaten wurden 2007 fortgesetzt; konnten aber im Berichtsjahr noch nicht in allen Bereichen abgeschlossen werden.</p> <p>Realisiert. Das EFTA-SACU Freihandelsabkommen wird in Kraft treten, sobald die SACU-Seite ihre Ratifikationsverfahren vollständig abgeschlossen hat. Die relevanten Verordnungen wurden am 4. Juli 2007 angepasst, jedoch noch nicht in Kraft gesetzt.</p> <p>Überwiegend realisiert. Nach Abschluss der Machbarkeitsstudie haben die Schweiz und Japan am 19. Januar 2007 die Aufnahme von bilateralen Verhandlungen über ein wirtschaftliches Partnerschafts- und Freihandelsabkommen bekanntgegeben. Der Bundesrat hat am 9. März 2007 das entsprechende Verhandlungsmandat verabschiedet und nach Anhörung des Parlaments und der KdK am 8. Juni 2007 bestätigt. Die Verhandlungen wurden im Mai 2007 aufgenommen. Mit Indonesien wurde nach dem Abschluss der Machbarkeitsstudie im Januar eine Arbeitsgruppe über Handel und Investitionen eingesetzt, welche sich im Oktober getroffen hat. Die EFTA-Staaten streben eine baldige Entscheidung über die Verhandlungseröffnung an.</p>
--	--

<p>➤ Die Aufnahme von Verhandlungen mit China, Indien, Malaysia, Kolumbien, Peru, Ukraine, Russland und Mercosur ist geprüft und die Verhandlungsmandate sind gegebenenfalls vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Teilweise realisiert. Der Bundesrat hat am 22. November 2006 die Verhandlungsmandate für Freihandelsverhandlungen der EFTA-Staaten mit Kolumbien und Peru sowie am 7. Dezember das Verhandlungsmandat für Freihandelsverhandlungen der EFTA-Staaten mit Indien verabschiedet. Mit Peru und Kolumbien wurden im Juni Freihandelsverhandlungen aufgenommen. Die Aufnahme von Verhandlungen mit China, Malaysia, Ukraine, Russland und Mercosur wird weiter geprüft.</p>
<p><u>Ziel 15</u></p> <p>Neukonzeption der Landeswerbung</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <p>➤ Die konzeptionelle Neuausrichtung der Landeswerbung ist erfolgt. Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Schweizerische Landeswerbung verabschiedet*</p> <p>➤ Die Finanzierungsbeschlüsse im Rahmen der Sammelbotschaft Standortförderung 2008–2011 (Landeswerbung, KMU-Politik, Exportförderung) sind erarbeitet. Der Bundesrat hat die Sammelbotschaft verabschiedet*</p>	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat auf eine sektorübergreifende Reorganisation und Zusammenführung der im Ausland im Auftrag des Bundes tätigen Promotionsorganisationen verzichtet. Hingegen hat er über Leistungsvereinbarungen die Aussenwirtschaftsförderungsinstrumente, LOCATION Switzerland und die Programme des Bundes für die Investitions- und Importförderung gegenüber Entwicklungs- und Transitionsländern in das "Osec Business Network Switzerland" eingegliedert und dazu die notwendigen rechtlichen Vorkehren getroffen.</p> <p>Nicht realisiert. Der Bundesrat hat aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse auf eine Zusammenführung der im Ausland im Auftrag des Bundes tätigen Promotionsorganisationen Präsenz Schweiz, Schweiz Tourismus und Location Switzerland verzichtet und daher keine Botschaft verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Die Finanzierungsbeschlüsse für die touristische Landeswerbung von Schweiz Tourismus, für die Exportförderung der Osec und die Standortpromotion von LOCATION Switzerland wurden zeitlich koordiniert und die Finanzierung dieser Aufgaben für die Periode 2008-2011 sichergestellt. Der Bundesrat hat die Sammelbotschaft am 28. Februar 2007 verabschiedet. Das Thema KMU wurde im Rahmen des Berichts zum Postulat Walker 02.3702 behandelt. Bei dieser Gelegenheit wurden die Mittel für die E-Government-Massnahmen zugunsten der KMU erhöht.</p>

<p><u>Ziel 16</u></p> <p>Revision der Verordnung zum Mietrecht</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat hat von den Ergebnissen des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen ➤ Der Bundesrat hat die revidierte Verordnung verabschiedet 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 28. November 2007 von den Ergebnissen der konferentiell durchgeführten Vernehmlassung Kenntnis genommen.</p> <p>Der Bundesrat hat am 28. November 2007 die Änderung der Verordnung verabschiedet. Sie tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.</p>
<p><u>Ziel 17</u></p> <p>Festlegung der Pflichtlagerziele für die nächsten vier Jahre</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht über die Pflichtlagerpolitik 2008–2011 ist vom Departement verabschiedet ➤ Der Bundesrat hat von diesem Bericht Kenntnis genommen 	<p>Realisiert</p> <p>Der EVD-Bericht über die Pflichtlagerpolitik 2008–2011 liegt vor.</p> <p>Der Bundesrat hat am 17. Oktober 2007 von diesem Bericht Kenntnis genommen</p>
<p><u>Ziel 18</u></p> <p>Weiterführung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Botschaft und Rahmenkredit über die Weiterführung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit 2008–2012 sind vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Nicht realisiert</p> <p>Die Botschaft konnte nicht wie geplant 2007 verabschiedet werden, weil diese parallel zu den laufenden Arbeiten zur zukünftigen Orientierung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit ausgearbeitet wird.</p>

<p><u>Ziel 19</u></p> <p>Sicherung eines ausreichenden Bestandes an Hochseeschiffen unter Schweizer Flagge</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Botschaft betreffend Änderung des Bundesbeschlusses über einen Bürgschafts-Rahmenkredit für die Sicherung eines ausreichenden Bestandes an Hochseeschiffen unter Schweizer Flagge ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Die Botschaft wurde vom Bundesrat am 27. Juni 2007 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 20</u></p> <p>Verbesserung der Produktsicherheit</p> <p><i>Massnahme</i></p> <p>➤ Die Vernehmlassung zum Gesetz über die Produktsicherheit ist ausgewertet und ein Bundesratsentscheid über das weitere Vorgehen liegt vor</p>	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 2. Mai 2007 vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen und das EVD beauftragt, die Botschaft auszuarbeiten.</p>

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Jahresziele 2007 im Überblick

<p>Jahresziele 2007 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2007</p>	<p>Kurze Bilanz</p>
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Analyse des Zustands der Umwelt in der Schweiz</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Schweiz hat zu den Empfehlungen der OECD zur Schweizer Umweltpolitik Stellung genommen 	<p>Realisiert</p> <p>Der Vorsteher des UVEK hat den Umweltprüfbericht der OECD am 11. Mai 2007 in Bern entgegengenommen und dabei zu den Empfehlungen Stellung genommen.</p>
<p><u>Ziel 2</u></p> <p>Weiterentwicklung der Klimapolitik</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vorbereitungen für die Fortführung der Klimapolitik nach 2012 sind verwaltungsintern abgeschlossen 	<p>Realisiert</p> <p>Die verwaltungsinternen Arbeiten sind abgeschlossen. Die Resultate sind in die nachfolgenden Anträge eingeflossen.</p>

<p><u>Ziel 3</u></p> <p>Behandlung der im Umweltbereich hängigen Volksinitiativen</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Rettet den Schweizer Wald“ und zur Revision des Waldgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Lebendiges Wasser (Renaturierungs-Initiative)“ ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!“ ist vom Bundesrat verabschiedet* 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 28. März 2007 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 27. Juni 2007 verabschiedet.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft am 8. Juni 2007 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Eine ausgewogene nachhaltige und räumliche Entwicklung sicherstellen</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht des Interdepartementalen Ausschusses Nachhaltige Entwicklung zum Stand der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der Bericht „Alpenkonvention und Berggebiet“ (in Erfüllung der Mo. UREK-S 04.3260) liegt vor 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 17. Januar 2007 vom Bericht Kenntnis genommen.</p> <p>Teilweise realisiert. Der Expertenbericht, der Grundlage für die Erarbeitung des bundesrätlichen Berichts bildet, liegt vor. Die Arbeiten an der Erstellung des Berichts „Alpenkonvention und Berggebiet“ sind im Gang. Eine Verzögerung ist eingetreten, da die Erarbeitung des Berichts erst nach Vorliegen und in Würdigung des ursprünglich nicht vorgesehenen Expertenberichts an die Hand genommen werden konnte.</p>

<p>➤ Die Ausführungsverordnung zum Infrastrukturfonds ist für die Inkraftsetzung per 1. Januar 2008 bereit.</p>	<p>Realisiert.</p>
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Die Verkehrsinfrastruktur der Bahnen leistungsfähig erhalten und europäisch vernetzen</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <p>➤ Die Botschaft zu einem Ausführungsgesetz zum Alpenschutzartikel (neuer Titel: Botschaft zur Güterverkehrsvorlage) ist vom Bundesrat verabschiedet*</p> <p>➤ Die Botschaft zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat die Botschaft am 8. Juni 2007 verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat die Botschaft am 17. Oktober 2007 verabschiedet.</p>
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Die Infrastruktur der Nationalstrassen erhalten</p> <p><i>Massnahmen</i></p> <p>➤ Eine Gesamtschau über die baulichen Massnahmen zur Weiterentwicklung der Nationalstrassen ist erstellt</p> <p>➤ Im Hinblick auf das Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) auf den 1. Januar 2008 ist eine leistungsfähige Aufbau- und Ablauf-Organisation aufgebaut</p>	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Teilweise realisiert. Die Grundlagen sind erarbeitet. Die Gesamtschau und die Synthese sind noch nicht abgeschlossen, insbesondere weil Aufgaben im Zusammenhang mit der Einführung von NFA einen Mehraufwand verursacht und damit zu Verzögerungen geführt haben.</p> <p>Realisiert. Die neue Organisation steht.</p>

<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Luftfahrtpolitik und Luftverkehrssicherheit</p> <p>Massnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Luftfahrtgesetzes (Aufnahme luftfahrtpolitischer Grundsätze, Integration des anwendbaren EU-Rechts, Regelung finanzieller Aspekte und Änderung der Organisation für Flugunfalluntersuchungen) ist durchgeführt* ➤ Die Botschaft zur Änderung von Artikel 86 BV (Spezialfinanzierung Luftverkehr) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Das Sicherheitsmeldesystem für die Industrie als wirksames und vertrauenswürdiges Instrument zur Förderung der allgemeinen Sicherheitskultur (non-punitive) ist eingeführt ➤ Die Flugsicherungsvereinbarungen mit Deutschland, Italien und Österreich sind vorangetrieben ➤ Die Integration der Schweiz in den Single European Sky ist fortgeführt ➤ Die Verhandlungen mit Deutschland zur Neuregelung der Nutzungsbedingungen des Süd-deutschen Luftraums sind weitergeführt und wenn möglich abgeschlossen 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Nicht realisiert. Die Erweiterung des Inhalts der Revision sowie die nach einer ersten Anhörung der Industrie notwendigen, vertiefenden Abklärungen hatten zur Folge, dass die Vernehmlassung nicht im Berichtsjahr durchgeführt werden konnte.</p> <p>Realisiert. Die Botschaft wurde am 29. August 2007 vom Bundesrat verabschiedet.</p> <p>Realisiert. Mit der Revision der Luftfahrtverordnung ist am 1. April 2007 das straflose Meldewesen in Kraft getreten; das System «SWANS» (Swiss Aviation Notification System) ist operativ.</p> <p>Realisiert. Deutschland: Die Verhandlungen im Hinblick auf eine verbindliche Vereinbarung wurden fortgeführt, sie sind zurzeit jedoch blockiert aufgrund der Privatisierungspläne im Zusammenhang mit der Deutschen Flugsicherung DFS. Italien: Der Entwurf eines Regulatorabkommens wird zurzeit diskutiert. Österreich: Die Verhandlungen laufen weiter.</p> <p>Realisiert. Die rechtliche Integration findet kontinuierlich im Rahmen der Aktualisierung des bilateralen Luftverkehrsabkommens Schweiz – EG statt; überdies ist die Schweiz aktiv an den laufenden Verhandlungen über die Bildung eines funktionalen Luftraumblocks, der das Gebiet der Schweiz, Frankreichs, Deutschlands und der Benelux-Länder umfasst, beteiligt.</p> <p>Teilweise realisiert. Die Gespräche konnten zwar auf Fachebene weitergeführt werden. Konkrete Ergebnisse konnten allerdings nicht erzielt werden.</p>
--	---

<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Langfristige Ausrichtung der Energiepolitik</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Strategiebericht zu den langfristigen energiepolitischen Zielen und Massnahmen ist vom Bundesrat gutgeheissen und die wesentlichen Elemente der künftigen Energiestrategie sind festgelegt* 	<p>Realisiert</p> <p>Der Bundesrat hat am 21. Februar 2007 über die Energiestrategie Schweiz eine Aussprache geführt und dem UVEK dazu verschiedene Umsetzungsaufträge erteilt. Am 21. November 2007 hat er anlässlich einer ersten Aussprache über die Klimapolitik den Wunsch geäussert, die Ergebnisse dieser Aufträge zur Energiestrategie zusammen mit der Aussprache zur Klimapolitik zu behandeln.</p>
<p><u>Ziel 9</u></p> <p>Nukleare Entsorgung</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Konzeptteil des Sachplans geologische Tiefenlager (Auswahlverfahren für Standorte für hochaktive Abfälle) ist genehmigt 	<p>Überwiegend realisiert</p> <p>Der Konzeptteil konnte unter breiter Mitwirkung fertig gestellt und in Anhörung und Ämterkonsultation geschickt werden. Die Bereinigung braucht jedoch mehr Zeit als ursprünglich vorgesehen, so dass der Konzeptteil nicht mehr 2007 dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet werden konnte.</p>
<p><u>Ziel 10</u></p> <p>Die Informationsgesellschaft weiter gestalten und fördern</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die neue SRG-Konzession ist erteilt und die Versorgungsgebiete für lokale Radio- und Fernsehveranstalter sind festgelegt* ➤ Das neue Radio- und Fernsehgesetz mit Ausführungsbestimmungen ist in Kraft* 	<p>Realisiert</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 28. November 2007 die neue Konzession genehmigt.</p> <p>Realisiert. Der Bundesrat hat am 9. März 2007 die neue Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) verabschiedet. Sie enthält die Ausführungsbestimmungen zum ebenfalls total revidierten Radio- und Fernsehgesetz (RTVG). Beide Erlasse traten auf den 1. April 2007 in Kraft.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Radio- und Fernsehkonzessionen mit oder ohne Gebührenanteil sind ausgeschrieben ➤ Die Grundversorgung Telecom ab neuer Konzessionsperiode ist gewährleistet 	<p>Realisiert. Das Bundesamt für Kommunikation hat am 30. August 2007 41 Konzessionen für die Verbreitung von lokal-regionalen UKW-Radioprogrammen sowie 13 Konzessionen für die Verbreitung von regionalen Fernsehprogrammen in der Schweiz ausgeschrieben.</p> <p>Realisiert. Die ComCom hat am 21. Juni 2007 der Swisscom AG die Grundversorgungskonzession erteilt.</p>
<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Weiterentwicklung des Postmarkts und Sicherstellung der Grundversorgung</p> <p><i>Massnahme</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Post- und Postorganisationsgesetzes ist eröffnet* 	<p>Teilweise realisiert</p> <p>Anstelle der Gesetzesvorlage für die Eröffnung der Vernehmlassung wurden dem Bundesrat die zentralen Punkte der Gesetzesrevision zum Vorentscheid unterbreitet. Der Bundesrat hat am 21. September 2007 diese Vorentscheide getroffen, gestützt darauf die Vernehmlassungsvorlage ausgearbeitet werden kann.</p>